

DENK

MA!!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 18

Vereinszeitschrift

Mai 2015

Massoud Harun-Mahdavi
München

Solange das eigene Blut dicker ist als das Blut anderer, solange bei der Anwendung der Menschenrechte Ausnahmen gemacht werden, so lange wird es auch keine Gerechtigkeit und keinen Frieden geben!

Die jüngsten Ereignisse in der allgemein als „der Nahe und Mittlere Osten“ bezeichneten Region, die medial seit über 40 Jahren als das Unruheherd der Erde dargestellt wird, zwingen mich zur Klarstellung einiger Fakten in Zusammenhang mit der Entwicklung in den vorwiegend islamisch regierten Ländern. Dabei werde ich zur Analyse der aktuellen Weltpolitik der Großmächte, insbesondere der geopolitischen Ziele der USA - dem vermeintlichen „Großen Bruder“ unserer Bundesrepublik -, auch die aktuellen Ereignisse in der Ukraine durchleuchten.

Bis heute haben immer die sogenannten oder selbsternannten Weltmächte nicht nur ihr eigenes Schicksal sondern auch das Schicksal der schwächeren Länder in ihre Hände genommen und deren Entwicklung in der Regel an den Interessen dieser Länder vorbei bestimmt. Seit dem zweiten Weltkrieg hat die Weltmacht USA im Namen von Demokratie und Menschenrechte eine Reihe

von Kriegen geführt oder sich direkt und indirekt daran beteiligt.



Quelle: Wikipedia
http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d0/Vietnamese_refugees_on_US_carrier%2C_Operation_Frequent_Wind.jpg

Fortsetzung weiter auf Seite 2

Wilhelm Dietl
Cham

Was erwartet uns 2015?
Überlegungen und Erkenntnisse für 2015

Weil es eine uns vertraute Beschäftigung ist, zuerst einmal die Regularien – und das aus der engen Perspektive unserer kleinen futuristischen Werkstatt. Wir beginnen mit einer guten und einer schlechten Nachricht.

Unsere alljährliche Zukunftsprognose wird von illustren Neidern und Mitbewerbern argwöhnisch beäugt, zunehmend imitiert. Da die Beweisführung sehr schwierig ist, möchte ich es bei diesem Hinweis belassen. Schon vor Monaten sind mir Zusammenhänge aufgefallen. Ich hatte in Zürich etwas Leerlauf, und entdeckte prompt dieses Werk in einer Buchhandlung: „Was zählt – 2015?“. „Fakten, Trends und Visionen aus Wissenschaft, Politik und Kultur“. Dieses Buch, heißt es im rückwärtigen Werbetext, bietet anspruchsvolle Unterhaltung für alle, die auch 2015 mehr als das Gewöhnliche erwarten“. Schöner kann man es nicht sagen, wenn man über uns spricht. Wir sind das Zielpublikum!

Trotzdem werde ich mich hüten, ab sofort bei den Kollegen vom Schweizer Think Tank WIRE abzukupfern.

Fortsetzung weiter auf Seite 16

Inhalt:	Seite
„So lange das eigene Blut dicker ist als das Blut anderer,“, M. Harun-Mahdavi	1
„Was erwartet uns 2015?“, W. Dietl	1
„Nahost, Pulverfass oder Zukunftsregion?“, W. Dietl	8
„Aufrüsten für den Crash“, P. Orzechowski	11
„Tag der Menschenrechte mit Auma Obama“, M. Harun-Mahdavi	15
„PhönixPreis 2014 - Münchner Wirtschaftspreis“, S. Harun-Mahdavi	18
„Leserbrief - Plädoyer für Mitbürger“, U. & M. Schmidt	19
„Newroz-Empfang im Rathaus München“, S. Harun-Mahdavi	19
Über den Herausgeber	20
Impressum	20

Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln!

Thomas Babington Lord Macaulay

„Solange das eigene Blut dicker ist“
Fortsetzung von Seite 1

Die wichtigsten und bekanntesten darunter sind z.B.:

Korea Krieg	25. Juni 1950 bis 27. Juli 1953
Vietnamkrieg	1955 bis 1. Mai 1975
Kambodscha Krieg	1970–1975
Jom-Kippur-Krieg	6. Oktober 1973 bis 26. Oktober 1973
II. Golfkrieg	2. August 1990 bis 5. März 1991
III. Golfkrieg (Besatzung bis 2011)	20. März 2003 bis 1. Mai 2003
Afghanistan Krieg	7. Oktober 2001 (Operation Enduring Freedom) bis heute (ISAF-Einsatz)
Invasion in Haiti	29. Februar 2004
Libyen Krieg	15. Februar bis 23. Oktober 2011
Syrien Krieg	März 2011 bis heute

Den aufmerksamen Beobachtern und politischen Kennern und Interessierten ist es sicherlich nicht entgangen, dass der Ausgang dieser Kriege für die betroffenen Staaten und deren Bevölkerung allesamt als gescheitert zu bezeichnen ist.

Und trotzdem schienen die USA offensichtlich nichts daraus gelernt zu haben, oder vielleicht doch?

Um ehrlich zu sein, stellt der politische Beobachter tatsächlich ein System hinter den kriegerischen Aktivitäten fest. Es ging nie um die Demokratie und nie um die Menschenrechte in den betroffenen Regionen bzw. Ländern, sondern immer nur um den Erhalt der Vormachtstellung der USA gegen seinen Kontrahenten. Es gibt seit dem II. Weltkrieg, mit Ausnahme der 80er Jahre, kein Jahrzehnt ohne einen Krieg mit US-Beteiligung. Die 1980er übrigens nur deswegen, weil da der Irak-Iran-Krieg wütete, an dem die USA und der Westen in der Außenwirkung nur indirekt beteiligt waren.

Nach dem „Kalten Krieg“ und dem Zusammenbruch der Sowjetunion musste die nun allein herrschende Großmacht USA eine neue Strategie entwickeln, denn EU und China standen schon in den Startlöchern um die Position der Sowjetunion einzunehmen. Die politische Zukunft Russlands war damals auch nicht klar vorherzusehen. Mit dem zweiten Golfkrieg, also vor 25 Jahren leitete die USA einen geopolitischen Weltkrieg ein um rechtzeitig die Weltherrschaft auf dem Energiesektor für sich abzusichern. Die Vorbereitung für den II. Golfkrieg hatte die USA bereits mit dem Sturz des Schah, der einen Krieg gegen den Irak in den 70ern abgelehnt hatte, gelegt.

Kaum war der Schah gestürzt, schon haben Saddam Hussein und Khomeini die passende Gelegenheit gefunden um den I. Golfkrieg auch „Heiliger Krieg“ genannt, zwischen Irak und Iran anzuzetteln. Damals hatte die USA zuerst Saddam Hussein mit Waffen beliefert und später, unter dem Vorwand des Deals für die Freilassung der US-Geiseln, Waffen an den Iran geliefert. Damit sicherten die US-Regierung und ihre Verbündeten eine militärische Pattsituation, die zu einem acht Jahre andauernden zerstörerischen Krieg der vermeintlichen Militärmächte der Region führte. Zuvor wurden die beiden islamischen Staaten Irak und Iran jeweils von der Sowjetunion und den USA militärisch hoch aufgerüstet. Damit waren Irak und Iran mögliche starke Regionalmächte in direkter Konkurrenz zu den Interessen Israels.

Israels Regierung hatte trotz aller Bekundungen weder dem Schah noch besser gesagt einer Regierung nach seinem Ableben vertraut und daher auch dessen Sturz gebilligt. Ihrer Meinung nach hätten Irak und Iran als regionale Militärmächte für Israel gefährlich werden können. Damit war es auch im Interesse Israels, dass diese beiden Mächte sich gegenseitig in einem zermürbenden Krieg im wahrsten Sinne des Wortes zerfleischen.

Der II. und III. Golfkrieg, mit der völkerrechtlich nach wie vor zu verurteilenden US-Kriegsführung gegen den Irak und mit der Invasion Afghanistans hat die USA, in der Ermangelung weltpolitisch ebenbürtiger Mächte, mit Hilfe seiner Verbündeten im Westen und Israel, eindeutig die Machtübernahme in der Region besiegelt.

Heute steht die USA aber vor einem anderen Weltbild.

Russland hat sich wieder konsolidiert und ist nicht mehr gewillt allem klein bei zu geben und wirft seine militärische Potenz und seine Macht als Erdöl- und Gaslieferant in die Waagschale der Machtverteilung. Darunter fallen politische Maßnahmen, wie die Allianz mit Syriens Machthaber Assad und der wirtschaftlichen und militärischen Kooperation mit der Islamischen Republik Iran und dem militärischen Eingreifen durch die Unterstützung der sogenannten Separatisten in der Ukraine und der organisierte „Beitritt Krim zu Russland“.

China hat eine große wirtschaftliche Potenz erreicht und seine Militärausgaben zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2014 auf ca. 216 Milliarden US\$ verzehnfacht (siehe Statistik SIPRI). Wohlweislich um sich gegen die politischen Strategien der USA militärisch aufzurüsten. China will unbedingt so schnell wie möglich eine international schlagkräftige Truppe aufbauen und dazu gehören

Fortsetzung weiter auf Seite 3

Die Wissenschaftler bemühen sich, das Unmögliche möglich zu machen. Die Politiker bemühen sich oft, das Mögliche unmöglich zu machen!

Bertrand Russel

„Solange das eigene Blut dicker ist“
Fortsetzung von Seite 2

Flugzeugträger. Diese Aufrüstung gleicht der atomaren Aufrüstung in den 1980er Jahren. Wirtschaftlich sind die USA ohnehin derzeit in einer sehr gewichtigen Position. Daher müssen sie unter Berücksichtigung chinesischer Interessen sehr diplomatisch vorgehen. „Stellvertreterkriege“ zwischen Nord-/Südkorea oder China/Japan, kleine Krisen in Tibet oder mit der uighurischen Minderheit, Menschenrechtsfragen usw. sind dann die Spitze des Eisbergs in der Krisenbewältigung der beiden Großmächte.

Auch die vermeintlichen Verbündeten der USA haben Schwierigkeiten ihre blinde Gehorsamkeit unter Beweis zu stellen. Die EU ist in ihrer politischen Einstellung schon lange nicht mehr einig. Über die NATO versuchen die USA die Führung der Europäischen Union wieder in Reih- und Glied zu bringen. Beide Generalsekretäre Anders Fogh Rasmussen (01.08.2009 bis 30.09.2014) und Jens Stoltenberg (ab 1.10.2014) haben hier gute Fronddienste geleistet.

Der Herausgeber der Nachdenkseiten, Wolfgang Lieb, schreibt beispielsweise zur Rolle von Rasmussen: *„Seit wann entscheidet eigentlich ein Nato-Generalsekretär über den Einsatz der Nato. Oder tut das Rasmussen in Abstimmung mit der deutschen Verteidigungsministerin? Warum pfeift von der Leyen Rasmussen nicht zurück? Seit wann ist die Ukraine Mitglied der Nato? Seit wann besteht eine Bündnisverpflichtung? Rasmussen wirft Russland die Unterstützung der Separatisten vor und droht gleichzeitig mit Unterstützung der Nato für die Militäreinsätze von Seiten der Kiewer Regierung. Viel mehr Kriegstreiberei geht nicht.“* (Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=22753#h01>)

Bei Kriegsgefahr und Krisenregionen an den Grenzen und in Europa agieren die Regierungen zeitweise als unterwürden sie einem Fraktionszwang unterliegen.

Deutschland hat eigene Vorstellungen, insbesondere im Umgang mit dem Iran und in Bezug auf die Politik in der Ukraine. Deutsche Firmen wünschen sich eine Konsolidierung des Verhältnisses mit Iran, weil sie wirtschaftlich gesehen seit Jahrzehnten in der Poleposition stehen, um unvorstellbare Umsätze mit dem Iran zu tätigen. Krieg in der Ukraine stört die Geschäftsbeziehungen mit Russland aber auch mit der Ukraine. Viele deutsche Firmen arbeiten mit Zulieferern in der Ukraine, um zu einem Niedriglohnpreis anzufertigen. All diese Geschäftsbeziehungen

sind derzeit quasi auf Eis gelegt und kosten der Deutschen Wirtschaft Milliarden.

Großbritannien hat natürlich eigene Interessen, die nicht nur historisch begründet sind. Großbritannien hat kein Interesse seine historischen Einflussgebiete an die USA abzugeben. Aber mit der Einflussnahme auf die US-Politik und durch die Anstachelung der US-Regierung hat es Großbritannien in den vergangenen 30 Jahren sehr gut verstanden seine eigenen Interessen zu schützen. Diese Einflussnahme geht soweit, dass ausgesandte BBC Mitarbeiter Kontrolle über ganze Redaktionsteile des Regierungssenders Voice Of America übernehmen und Widersacher im Team reihenweise ausschalten und damit den Mainstream in den US-Medien bestimmen.

Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und alle anderen EU-Staaten haben natürlich auch ihre eigenen Vorstellungen von der zukünftigen Weltpolitik, die wirtschaftlich und geopolitisch ausgerichtet sind.

Aus diesem Grund haben die USA größte Schwierigkeiten ihre Großmachtpolitik mit der nötigen Rückendeckung durchzusetzen. Neben den USA sieht auch die Regierung Israels eine große Gefahr in der derzeitigen Situation der Weltpolitik. Eine Schwächung der USA wäre eine existenzielle Gefahr für Israel.

Nun sind verschiedene Ansätze für die Großmachtpolitik in Gang gebracht worden.

Edward Snowden berichtet über das Projekt „Wespennest“. Die Wespenlarven wurden bereits 1920 im Vertrag von Sèvres ausgelegt, als die Briten nach dem Untergang des Osmanischen Reiches und der willkürlichen Zeichnung der Grenzen und der Errichtung des Irakischen Königreiches, in der gleichzeitigen Absicht die Türkei weiter zu teilen, der kurdischen Bevölkerung in Aussicht gestellt hatten in dem Britischen Mandatsgebiet eine autonome Region mit dem Namen „Kurdistan“ einzurichten. Interessanterweise wurde damals einschränkend festgehalten, dass der Völkerbund noch darüber entscheiden sollte, ob die kurdische Bevölkerung reif für die Unabhängigkeit wäre! Die Vermessenheit dieser Vereinbarung spricht für sich.

Dieses Versprechen konnte natürlich völkerrechtlich nie umgesetzt werden, da der Vertrag, auf den sich die Kurden noch heute gerne berufen, nie ratifiziert wurde.

Israel hat in den 1970er Jahren auch die Bedeutung des Wespennestes entdeckt.

Fortsetzung weiter auf Seite 4

Daß etwas erwünscht ist, bewirkt noch nicht, daß man daran glaubt!

Marcel Proust (1871-1922)

„Solange das eigene Blut dicker ist“
Fortsetzung von Seite 3



Auf diesem Bild, aufgenommen im Nordirak im Jahre 1971 sind folgende Personen von links nach rechts zu sehen:

1. Mesud Barzani
2. Menahem Nahik Navut (stellv. Direktor des Mossad 1984-1986)
3. Mahmoud Osman (irakischer Parlamentsabgeordneter)
4. Zvi Zamir (Direktor des Mossad 1968-1974)
5. Nahum Admoni (Mossad Direktor 1982-1989)
6. Ein kurdischer Wachmann

Die immer wieder auflodernde Krise im Wespennest beschäftigte die Regierungen der Länder Syrien, Türkei, Irak und Iran nicht nur in der Vergangenheit. Das Wespennest hat seine Wirkung bis heute nicht verloren.

In den nachfolgenden Bildern sieht man, wie der „Dirigent des arabischen Frühlings“ den Grundstein dafür gelegt hat, das Wespennest langfristig aufzuscheuchen, so dass unter dem Deckmantel der religiösen Fehde zwischen Sunniten und Schiiten, die Anhänger der unterschiedlichen Glaubensrichtungen des Islam sich nun gegenseitig abschlachten.

Dieser perfide Plan soll die Weltöffentlichkeit davon überzeugen, dass dem Problem eine religiöse und kulturelle Problematik von WILDEN zugrunde liegt. Die USA und ihre nun in Aktionismus sich überschlagenden Verbündeten sind sich dabei einig, dass hier militärisch eingegriffen werden müsse, um die Region vor weiteren großräumigeren Kriegshandlungen zu schützen. Prompt liefert die Bundesrepublik Deutschland Waffen an die Peschmerga der Kurden im Nordirak. Aber um das Wespennest noch lange aggressiv zu halten, unterstützt die Türkei die Terroristen der IS und bietet die nötige Infrastruktur für die darüber hinaus von den USA, Großbritannien und Israel unterstützten Terrorgruppe Islamischer Staat, IS.

Nachfolgende Bilder zeigen US-Senator McCain zusammen mit dem IS Führer Al-Baghdadi sowie andere IS-Terroristen:



Die Unterstützung Israels zeigt sich allein dadurch, dass Israel bis heute nicht einziges Mal einen Angriff gegen IS-Stellungen geführt hat oder sich gar über die Entwicklung der IS besorgt gezeigt hat, obwohl aus dem Verhalten des IS klar sein durfte, dass ein IS-Gottesstaat keine freundschaftliche Beziehung zu Israel eingehen würde. Aber Israel fühlt sich, bezüglich der Rolle der IS, offensichtlich ganz sicher.

Dafür wird Netanjahu nicht müde, den Iran in die Reihe der Terrorstaaten zu stellen. Ganz besonders heute, da die Obama Regierung versucht die Islamische Republik Iran, im Gegenzug zu einem Atom-Deal, aus der wirtschaftlichen und politischen Isolation zu holen.

Die letzte Entwicklung geht nun so weit, dass Netanjahu den Iran mit dem Nazi-Regime gleich stellt.

Ohne die Islamische Regierung heilig sprechen zu wollen, möchte ich aber hier fest halten, dass im Iran immer noch eine Vielzahl von iranischen Juden leben. Deren Synagogen sind alle unversehrt. Jüdische Abgeordneten sind im Parlament und gehen ihrem religiösen Leben unbeschadet und ungefährdet nach.

Netanjahu geht mit seiner Politik und seinen überheblichen Äußerungen zu weit. Wenn der Iran ein Nazi-Regime ist, sollte Netanjahu seine Augen aufmachen und sich fragen, womit die Weltöffentlichkeit die Vorgehensweise der israelischen Regierung mit den Palästinensern im Gazastreifen vergleicht, und zwar nicht mehr hinter der vorgehaltenen Hand. Und da wirkt auch nicht mehr die stets geschwungene „Antisemitismus-Keule“!

Das ist weiß Gott nicht antisemitisch. Im Übrigen wird der Begriff „Antisemitismus“ inflationär und semantisch falsch gebraucht, da auch Araber, Aramäer und Maltäser semitisch sprachige Völker sind.

Dank der globalen Informati-

Fortsetzung weiter auf Seite 5

„Solange das eigene Blut dicker ist“
Fortsetzung von Seite 4

on der Medien empört sich die Weltbevölkerung über den systematischen Staatsterror, die Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen gegen die palästinensische Bevölkerung durch die israelische Regierung. Das ist keine Frage der Religionsfeindschaft, wie es so oft und so gerne dargestellt wird.

Wenn Israel ein Recht auf Frieden, Freiheit und unbegrenztem Fortschritt für sich einfordert, so muss auch gerade Israel dieses Recht allen anderen Staaten dieser Erde zustehen – auch Palästina.

Ich möchte festhalten, dass Hetztiraden eines offensichtlich verwirrten Präsidenten Ahmadinejad keinerlei Berechtigung haben, aber auch die Aussagen des Ministerpräsidenten Netanjahu sind völkerrechtswidrig. Die Firststrike-Strategie Israels und deren Vergeltungstaktik gegen Palästinenser sind ebenso völkerrechtswidrig. Hierfür gibt es keinerlei Entschuldigung und auch die erlebten Grausamkeiten des jüdischen Volkes durch den Holocaust rechtfertigen die Ermordung ganzer Volksgruppen nicht.

Wenn Israel einen Apartheitsstaat führen will, dann muss die israelische Regierung als Beispiel die Kosten für die Umsiedlung der Palästinenser in den von der israelischen Regierung propagierten „Palästinenserstaat Jordanien“ übernehmen. Aber um Missverständnisse vorzubeugen, es ist nicht das Recht Israels über den souveränen Staat Jordanien zu bestimmen. Es wäre das Recht Jordaniens und der Palästinenser zu prüfen ob sie diesen Plan annehmen wollen oder nicht. Israel kann hier nur Vorschläge machen und die Betroffenen auf friedlichem Weg zur Annahme seiner Pläne durch Reparationenzahlungen etc. ermutigen. Völkermord und gewaltsamer Exodus sind völkerrechtswidrig und haben in den letzten 40 Jahren zu dem Unfrieden in unserer Welt geführt, dessen Zeugen nun mehrere Menschengenerationen sein mussten und auch unter den gegebenen Umständen noch sein werden.

Angesichts dieser Politik sehen wir nun wie die anderen Großmächte agieren.

Russland hat nach dem Verlust Libyens seine concordiale Politik gegenüber den Westmächten geändert. Im Wissen darüber, dass diese Politik auch gegen die Interessen Russlands gerichtet ist, hat sich die russische Regierung unter Putin auf die Seite Assads gestellt und eine dreier Allianz zwischen dem Assad-Regime, der Islamischen Regierung im Iran und Russland aufgebaut. Der Iran hat seinen Einfluss in der schiitisch geführten Regierung Iraks aufgebaut.

Die Islamische Republik Iran (IRI) hilft seit Monaten auf Seiten der syrischen und irakischen Regierungstruppen militärisch im Kampf gegen den IS. Auch die Kurden im Irak berichten von ihrer Dankbarkeit für die erfolgreiche Ersthilfe der IRI auf ihrer Seite beim Kampf gegen die IS.

Der Iran und Russland stützen sich gegenseitig im Kampf gegen die Machtpolitik in der Region, die eindeutig gegen ihre Interessen ausgefochten wird.

Um nun diese Allianz zu schwächen hat die US Regierung mehrere Rohaden eröffnet. Erst einmal hat man der IRI im Gegenzug zum Atom-Deal eine positive Änderung der Sanktionspolitik in Aussicht gestellt. Um die IRI auch ganz bestimmt zur Annahme des Atom-Deals zu zwingen wurde die Jemen-Krise von den USA medial aktiviert und ohne jegliche Beweise der IRI in die Schuhe geschoben.

Seit 36 Jahren steht der Iran stets militärisch unter Druck, durch den Irak oder die stetigen Forderungen Israels nach einem militärischen Angriff gegen die atomare Aufrüstung Irans.

Heute erleben wir ein Anspitzen der Situation. Wir beobachten die Vorbereitung des Szenarios eines großen regionalen Krieges. Weil Netanjahu es nicht geschafft hat die USA zu einem Angriff auf den Iran zu überreden, wird nun im Schatten des IS-Krieges eine militärische Allianz bestehend aus Saudi Arabien, den arabischen Golfanrainerstaaten, Pakistan und der Türkei, für einen Angriff gegen den Iran motiviert. Diese Länder stehen alle in einer großen Abhängigkeit von USA. Sei es wirtschaftlich oder politisch bzw. militärisch z.B. durch den Bestand von US-Militärbasen in deren Ländern.

Das Ziel eines solchen Krieges ist, die „Islamische Gefahr“ für Israel durch die „Islamischen Staaten“ selbst zu bereinigen ohne selbst daran beteiligt zu sein. Die Waffengeschäfte würden florieren, das Öl würde weiterhin noch billig zur Verfügung stehen und käme den machtpolitischen Interessen der USA und Israel entgegen. Bei dieser Konstellation können beide Länder ihre Hände in Unschuld waschen.

Wer hat das Nachsehen? Abgesehen von den fatalen Folgen für die betroffenen Menschen dieser Länder, ob Soldaten oder Zivilisten, kommen noch größere Aufgaben bei der Bewältigung noch größerer Flüchtlingsströme in erster Linie auf Europa zu. Millionen Kriegsflüchtlinge würden nicht in die USA reisen sondern beispielsweise über das Mittelmeer den beschwerlichen Weg in Richtung Europa auf sich nehmen und sich gewissenlosen Schleppern ausliefern. Europa müsste diese Last dann stemmen. Europa trägt wieder einmal die Folgen eines von den USA lancierten Konflikts.

Fortsetzung weiter auf Seite 6

Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!

Schiller

„Solange das eigene Blut dicker ist“
Fortsetzung von Seite 5

Auf der anderen Seite wurde Russland von der EU mit in Windeseile abgestimmten Sanktionen, in Zusammenhang mit der Ukraine-Krise, wirtschaftlich in die Knie gezwungen.

Russland hat die „Annexion“ der Ukraine durch die EU dieses Mal nicht ohne Widerstand hingenommen. Russland hat bislang toleriert, dass die NATO bis an die Grenzen Russlands vorgerückt ist. 1999 wurden Polen, Tschechien und Ungarn in das NATO-Bündnis aufgenommen und im Jahr 2004 die drei baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien, 2009 schließlich noch Albanien und Kroatien.

Der damalige Bundesaußenminister Genscher erklärte am 31. Januar 1990, dass es eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten nicht geben würde, Moskaus Sicherheitsinteressen dürften nicht beeinträchtigt werden. Doch die Versprechen des Westens wurden offensichtlich planmäßig gebrochen.

Das Interesse der USA an der Ukraine ist sowohl strategischer aber auch eindeutig in erster Linie wirtschaftlicher Natur. Dabei ist es der USA auch vollkommen egal ob es in Europa zu einem Krieg gegen Russland kommen würde oder nicht. Das konnte bereits in der Entwicklung der Ukraine-Krise sehr deutlich beobachtet werden.

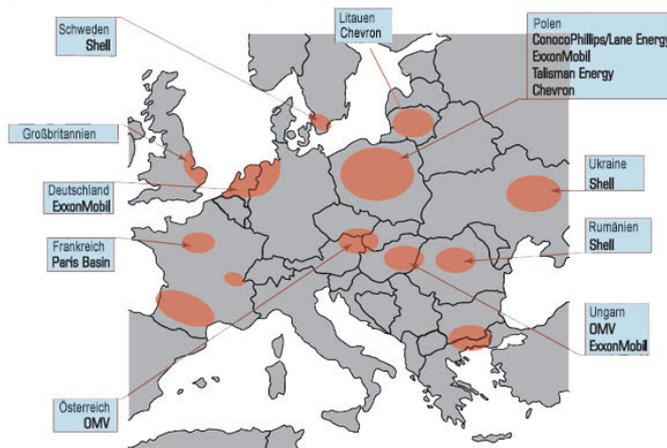
Fakt ist, dass die verhältnismäßig massiven Sanktionen sehr wohl die wirtschaftliche Situation Russlands in Bedrängnis gebracht haben. Fakt ist aber auch, dass die EU und die Regierung der BRD sich sehr wohl über die Absichten der USA im Klaren sind und mit allen Mitteln diplomatisch hier eine Eskalation, deren Blutzoll in erster Linie Europa bezahlen müsste, vermeiden wollen und bisher auch haben. Die Frage ist nur, wie lange kann Europa noch diese Eskalation unter dem Druck der USA verhindern.

Die USA hat hier ein immenses wirtschaftliches aber auch geopolitisches Interesse.

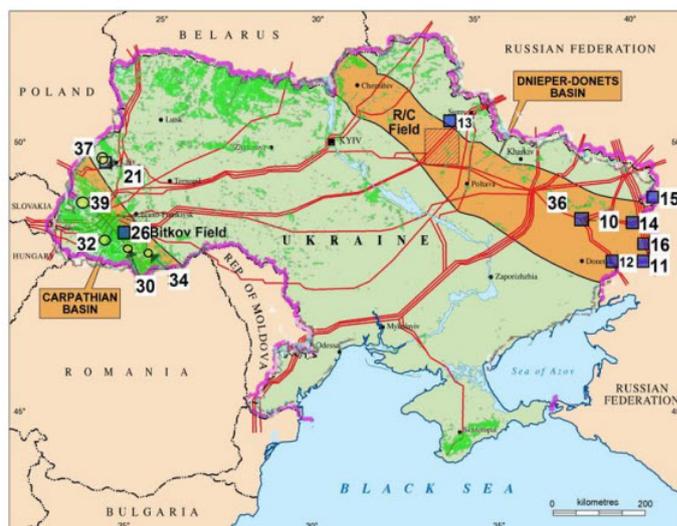
Die Schwächung der Allianz Russland-Syrien-Iran steht weltmachtpolitisch im Vordergrund und dann auch das wirtschaftliche Interesse einiger US-Firmen, die bereits vertraglich Milliarden an Frackingrechte in der Ukraine investiert haben. Die US-Amerikanischen Energiekonzerne Chevron, Shell und Exxon-Mobil haben ihre Ansprüche auf Schiefergasrechte und Erdgasfelder in der Ost- und Westukraine angemeldet, es geht hier nicht nur um Energie sondern um die Vormachtstellung US-Amerikanischer

Energiekonzerne in der Ukraine (siehe auch: <https://www.youtube.com/watch?v=D1P4AJxM1p4>).

Ukraine besitzt laut Schätzungen nach Norwegen und Frankreich die 3. größte Quelle an Schiefergas in Europa.



„Im Schatten der Gefechte in der Ostukraine sollen ukrainische Soldaten Fracking-Technik installieren. Der größte private Gasproduzent der Ukraine, die Burisma Holding, hat in dem erdgas-reichen Gebiet die Förderrechte erworben. Im Mai 2014 wurde der Sohn des US-Vizepräsidenten Joe Biden in den Vorstand geholt. Das Dnjepr-Becken in der Ostukraine ist die Erdöl und Erdgas reichste Region des Landes. Gleichzeitig liegt sie auch im Kampfgebiet. Im Schatten der Gefechte, wird die Region auf eine Fracking-Offensive vorbereitet.“



Note: numbers in figure represent nature reserves in Ukraine

Figure 1: Map of Ukraine with Dnieper-Donets and Carpathian Basins Identified

Ukrainische Soldaten sollen technisches Gerät, welches fürs Fracking gebraucht wird, in der Nähe von Slaw-

Fortsetzung weiter auf Seite 7

Die meisten Menschen wenden mehr Zeit und Kraft daran, um die Probleme herumzureden, als sie anzupacken!
Henry Ford

„Solange das eigene Blut dicker ist“
Fortsetzung von Seite 6

jansk installieren. Jener Stadt, die die vergangenen drei Monate hart umkämpft wurde.“ Das berichtet die russische Nachrichtenagentur Itar-Tass.

Um die EU Verbündete auf Linie zu bringen haben die USA versprochen die bisherige Gasversorgung aus Russland selbst für die EU-Staaten zu übernehmen.

Der Ukraine hat man eine Verdopplung der bisherigen eigenen Gasförderung versprochen und damit eine Reduktion der Energieausgaben und somit eine weitere Unabhängigkeit von Russland.

Natürlich versprechen sich die USA eine unvorstellbare Menge an Schiefergas aus den Gebieten in der Ukraine zu fördern. Um den Preisverfall in den USA nicht noch stärker anzutreiben, muss das Gas nach Europa geliefert werden. Damit winken den US-Firmen Milliardeneinnahmen, auf die diese nicht verzichten wollen.

Als Makel des Projektes steht aber, daß die Schätzungen im Fracking-Verfahren sehr unsicher und auch die Konsequenzen für die Umwelt mehr als unüberschaubar sind. Hochgiftige Chemikalien, die bei der Frackingmethode zur Anwendung kommen bzw. als Abfallprodukt entstehen sind eine große Gefahr für das Grundwasser und für die Umwelt im Allgemeinen. Der Umgang damit ist noch nicht gesichert. Die US-Amerikanischen Firmen haben bereits vertraglich sich von jeglicher Schadensersatzzahlung aufgrund von Umweltschäden frei gekauft.

Ein geplanter Fracking-Deal in der Olesko-Region (Westukraine) mit dem US Energiekonzern Chevron scheiterte dagegen am Veto der Regionalparlamente in Lviv (Lemberg) und Iwano-Frankiwsk. Es lässt hoffen, dass den Menschen in der Ukraine bewusst wird, dass private Investoren immer nur an Profit interessiert sein werden und nicht an die energetische Unabhängigkeit des Förderlandes.

Aber mit der medialen Ausschlichtung einer vermeintlichen Gefahr, die von Russland drohen würde, sollen die EU-Staaten in die Hände der US-Industrie getrieben werden.

Letztendlich komme ich zu einem Fazit:

Die US-Regierung und ihre mehr oder weniger Verbündeten sollten die Intelligenz und den Wissenstand der Menschen nicht unterschätzen. Die Fatalität liegt darin, dass es zu einem Politikverdross kommt und Politikverdross bedeutet eine andere Wahl der Waffen gegen die Ungerechtigkeit. Es kommt zum einem Flächenbrand des Terrors und der Gewalt.

Politikverdrossenheit ist das Ende der Politik und damit des Weltfriedens.

Das politische Erbe Gandhis und Mandelas und Ihresgleichen werden durch solche politische Machtausübungen verraten.

Die heutige US-Außenpolitik untergräbt die Demokratie und die heutige israelische Regierung macht die Menschenrechtscharta zu einem Fußabstreifer.

Schweigen gegenüber Unrecht gilt nicht als Neutralität sondern als Verrat an der Gerechtigkeit.

Da diese Entwicklung ein jedes Individuum auf der Erde betrifft, müssen wir alle wachsam bleiben und uns gemeinsam dagegen stellen. Bedauerlicherweise muss man heute zur Einforderung seines natürlichen Rechtes sehr mutig sein. Die gängigen Medien sind zunehmend unkritisch geworden oder vertreten US-Amerikanische Interessen oder unterliegen einem Diktat.

Wir sind alle aufgefordert mutig zu sein und der ungerichten und menschenrechtsverachtenden Großmachtpolitik rechtzeitig die rote Karte zu zeigen. Das heißt auch, Informationen aus den Medien zu hinterfragen und sich nicht indoktrinieren zu lassen. Wenn unisono Meldungen verbreitet werden, bedeutet dies nicht, dass sie neutral und unabhängig entstanden sind.

Quellen:

Bilder zum Treffen zwischen McCain und Al-Baghdadi

<https://www.youtube.com/watch?v=GopqiYvU1E>

<http://www.voltairenet.org/article185097.html>

<https://koptisch.wordpress.com/2014/08/11/is-kalif-abu-bakr-albaghdadi-mit-mccain-keine-verschwörungstheorie/>

<https://socioecohistory.wordpress.com/2014/08/13/senator-john-mccains-whoops-moment-photographed-chilling-with-isis-chief-al-baghdadi-and-terrorist-muhammad-noor/>

<http://forum.tagesschau.de/id/95419/auf-der-spur-des-is-anfuhrers-al-baghdadi>

<http://forum.tagesschau.de/id/95419/auf-der-spur-des-is-anfuhrers-al-baghdadi>

<http://forum.tagesschau.de/id/95419/auf-der-spur-des-is-anfuhrers-al-baghdadi>

<http://forum.tagesschau.de/id/95419/auf-der-spur-des-is-anfuhrers-al-baghdadi>

<http://forum.tagesschau.de/id/95419/auf-der-spur-des-is-anfuhrers-al-baghdadi>

Bild im Kurdengebiet von 1971

<http://www.turkishtimes.org/tr/content/tag/menahem-nahik-navut/>

Ukraine

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/28/amerikaner-wollen-fracking-in-der-ost-ukraine-unter-ihre-kontrolle-bringen/>

Dankbare Menschen sind wie fruchtbare Felder; Sie geben das Empfangene zehnfach zurück!

August von Kotzebue

**Wilhelm Dietl
Cham**

NAHOST, Pulverfass oder Zukunftsregion?

Brauchen wir einen neuen Saddam?
Der Arabische Frühling – eine Sinnestäuschung?

Es ist keineswegs eine Schande, wenn der ganz normale Nachrichten- und Medienkonsument in der sogenannten westlichen Welt den Überblick verloren hat über diesen fremden Orient, wo in der Regel brutale Despoten und blutrünstige Islamisten herrschen. Die einen so schlimm wie die anderen. Oder beinahe. Solche Formulierungen nähren erst einmal den Verdacht, dass hier wieder einmal die altbekannten Vorurteile aufgereiht werden. Mal abwarten, bis wir heute das letzte Wort gesprochen haben. In dieser riesigen arabischen oder – noch größer – der islamischen Welt mag es für uns relativ leicht sein, die schwierige Lage in einem Land oder ganz einfach *eine* bestimmte Problematik zu erklären. Ich behaupte, dass es die meisten Menschen vor Ort nicht könnten, weil ihnen vor lauter amtlich organisierter Geheimniskrämerei der Überblick fehlt. Auch unbefangene Fremde würden wenig verstehen.

Die ganz große Mehrheit im Orient hat nie etwas anderes erlebt als Menschenschinder, die schier ewig regieren und dazu eine als unantastbar geltende, archaische Religion, die irgendwann stehen geblieben ist. Das läßt uns, die Gutwilligen, schier verzweifeln. Immer mehr von uns haben längst tiefe Gräben ausgehoben und hohe Mauern errichtet. Das erschwert den Umgang mit Flüchtlingen und mit politischen Lösungsansätzen. Also mit dem Minimum.

Solange ich politisch denken kann, und das geht ein halbes Jahrhundert zurück, verging kaum ein Tag, ganz sicher keine Woche, ohne dass uns die Misere „da unten“ begegnet ist. Heute dominiert sie jede Nachrichten-Sendung, leider auch besonders intensiv die aktuelle Woche. Keine gute Woche. Bitte jetzt nicht als Gegenargument „Arabischer Frühling“ rufen. Es wäre Leichenschändung. Warum, das erzähle ich gleich, und dann haben wir am Ende eine These, die uns mindestens den ganzen Tag beschäftigen wird.

Im Nahen und Mittleren Osten, auch in der islamischen Welt, die bis Südostasien reicht, gibt es zwei beinahe unheilbare Konflikte, deren tägliche Gräueltaten im Wettbewerb liegen. Da ist der arabisch-israelische Bruderkrieg, der seit Tagen live in unseren Wohnzimmern zeigt, was der Alltags-Hass anrichtet. Wir werden uns später noch eingehend damit beschäftigen. Und dann ist da dieser uralte Konflikt zwischen den Schiiten und den Sunniten,

den beiden Glaubensrichtungen des Islam. Er ist vor einigen Monaten mit schier unglaublicher Intensität wieder ausgebrochen. Das Stichwort heißt ISIS – der Islamische Staat in Irak und Syrien. Der sogenannte *Islamische Staat*. Auch seine apokalyptischen Reiter und selbsternannten Propheten begegnen uns mit ihren Pickup-Kolonnen und den wehenden schwarzen Fahnen als täglich größere Gefahr. 30- oder auch 50 000 hochmotivierte, gut ausgebildete und ebenso bewaffnete Kämpfer, von denen viele aus der eigentlich aufgeklärten Welt angereist sind, wollen dem reaktionären, intoleranten, radikalen Islam wieder ein Weltreich erobern. Ihren Gegnern, oder was sie dafür halten, schneiden sie die Köpfe ab. Auch darüber werden wir später noch mehr hören.

ISIS ist eine gute Gelegenheit, die grundsätzlichen Zusammenhänge zu erfassen. Eigentlich ganz simpel. Wir unterstützen die irakische Regierung, damit sie den ISIS-Terror überlebt. Im Prinzip sind das unsere Leute, und deshalb müssen wir sie beschützen. Wir bekämpfen ISIS - derzeit noch mit Nadelstichen aus der Luft. ISIS ist unser Todfeind, wird aber von unseren geschätzten Freunden in Saudi-Arabien und Katar – das sind die Fußball-Kameraden – unterstützt. Auch den syrischen Despoten Bashar al-Assad mögen wir nicht. ISIS kämpft gegen ihn und will ihn grundsätzlich stürzen.

Die Iraner mögen wir meistens nur als Handelspartner, aber das Mullah-Regime unterstützt die irakischen Glaubensbrüder, die in Bagdad gerade das Sagen haben, gegen ISIS. Merke. Einige unserer Freunde unterstützen unsere Feinde, einige unserer prinzipiellen Feinde sind jetzt unsere Freunde. Und einige unserer alten Feinde kämpfen gegen unsere neuen Feinde, denen wir den Untergang wünschen. Prinzipiell wollen wir aber nicht, dass unsere alten Feinde, die unsere neuen Feinde bekämpfen, daraus einen größeren Nutzen ziehen.

Das haben wir schon so oft erleben müssen, dass die Leute, denen wir die Niederlage wünschen, alles verlieren, aber dann von anderen ersetzt werden, die wir genauso wenig mögen. Oder noch weniger. Und das alles, weil wir ein Land zerstört haben, wo wir Terroristen und Massenvernichtungswaffen vermutet haben. Beides haben wir uns eingeredet, um diesen massiven Bruch des Völkerrechts irgendwie zu rechtfertigen. Die heutigen Terroristen kamen erst nach uns. Bereits jetzt sind sie die Stärkeren, im Moment jedenfalls.

Ist doch alles einfach, oder?

Jetzt müssen wir einen Moment Luft holen und eine gewisse regionale Ordnung schaffen. Bei den Hintergründen, die jeder kennen sollte.

Der Nahe und Mittlere Osten ist eine überwiegend menschenfeindliche Gegend.

Vermutlich hat Allah seinen

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Der gerade Weg ist in der Politik meistens unpassierbar!

Harold Macmillan, brit. Premierminister

„Nahost, Pulverfass oder Zukunftsregion“*Fortsetzung von Seite 8*

Gläubigen diese riesigen Mengen an Öl und Erdgas zum Ausgleich gegeben. Nicht wenige in unseren Breiten halten das schon lange für ungerecht. Aber immerhin, kaufen sie seit nahezu 100 Jahren die frei werdenden Bodenschätze, weil sie damit ihre Industrie, und natürlich ihre Autos betreiben.

Das hat im Laufe der Zeit zu stabilen Partnerschaften geführt. Die Region selbst war immer instabil. Riesige Mengen an Petrodollars haben die Strukturen aber gekittet. Da spielte es meistens keine Rolle, wie böse die regionalen Herrscher waren. Die besonders Skrupellosen und Brutalen hatten ihre Staaten im Griff – und sorgten jahrzehntelang für Ruhe und Ordnung. Oder für das, was sie dafür hielten. Bis dann eben dieser angebliche Arabische Frühling kam. Arabellion. Und dann flog alles in Stücke. Es ist so unbeschreiblich schlimm, dass man glauben könnte, es könnte nicht mehr schlimmer werden. Und da täuschen wir uns wieder einmal.

Ganz kurz noch einige Sätze zu den wichtigsten Schauplätzen in der Region:

Tunesien: Vor ziemlich genau vier Jahren begann hier eine Fata Morgana namens Arabischer Frühling. Ein von der Staatsmacht schikaniertes Händler tötete sich selbst – und löste damit einen Volksaufstand aus. Die Herrscherfamilie wurde gestürzt und in ein vergoldetes, saudisches Luxusexil vertrieben. Ein bisschen Demokratie, ein bisschen Aufschwung hat es seither gegeben. Am kommenden Sonntag wird gewählt. Dann fällt die Entscheidung, ob das alte Regime zurückkehrt oder etwas Neues entsteht. Präsident möchte ein 87jähriger werden. Das war die gute Nachricht.

Libyen: Finger hoch, wenn jemand weiß, wer das einstmals reichste Land Afrikas heute regiert. Ich weiß es nämlich nicht. 1969 hat hier der schillernde Oberst Muammar al-Gaddafi die Monarchie gestürzt und eine Art Sozialismus etabliert. Zeitweise war er der gefährlichste Mann der Welt, der größte Terrorist, ein großzügiger Gönner für die Araber, für die Afrikaner. Libyen, der Familienbetrieb, wurde von allen Industriestaaten als begehrter Handelspartner umworben. Dann stellte sich Gaddafi, den fast alle Staatschefs gerne empfangen, auch noch in den Dienst Europas, brachte sich als Vorfluter gegen die Asylantenschwemme von südlich der Sahara ein.

Als 2010 seine Feinde, im Sog der tunesischen Unruhen, auf die Straße gingen und die übervollen Waffendepots des Revolutionsführers plünderten, schickte er das Militär. Da die Aufständischen zu schwach waren, griff die Nato massiv ein. Am Ende waren mindestens 50 000 Libyer tot.

Gaddafi und einer seiner Söhne wurden vom Pöbel auf offener Straße ermordet, nachdem europäische Kampfflugzeuge seine Autokolonne zerstört hatten.

Seither treiben Hunderte von Milizen, zumeist Islamisten der härtesten Sorte, den nicht mehr existierenden Staat in den finalen Untergang. Failed state nennt man so etwas. Und sie sorgen dafür, dass diese Unmengen von Waffen neue Besitzer finden. Libyen ist das neue Somalia. Frankreichs Ex-Präsident Sarkozy, dessen Wahlkampf mit großer Wahrscheinlichkeit durch Gaddafi-Millionen finanziert wurde, sollte dafür in eine Zelle des Weltgerichtshofs in Den Haag umziehen müssen.

Ägypten: Das einstmals stolze „schlagende Herz der arabischen Welt“ trägt schon lange einen Schrittmacher und wird irgendwann seinen Dienst quittieren. Spätestens dann, wenn die rasant wachsende Bevölkerung – bereits 87 Millionen - nicht mehr ernährt werden kann, die gebildete Jugend keine Arbeit mehr findet, weil schließlich nicht jeder Soldat werden möchte, und weil die wieder einmal weggesperrten Islamisten mit ewig gestrigen Modellen nur noch die Bildungsfernen locken. Die gute Nachricht: In Ägypten gab es den nachhaltigsten Arabischen Frühling. Und, wir wissen wer gewonnen hat. Dieselben, die seit 60 Jahren dran waren – die Militärs. Der Heiligste aller Araber, Gamal Abdel Nasser, ein General, hatte damals den König gestürzt, die oppositionellen Moslembrüder eingesperrt, und mehrere Kriege mit Israel verloren. Sein Nachfolger Anwar Sadat versöhnte sich mit den übermächtigen, jüdischen Nachbarn, wurde der beste Freund des Westens und fing an, den alten Pharaonenstaat zu modernisieren. Deshalb erschossen ihn die Islamisten. Nachfolger Hosni Mubarak griff wieder hart durch und sammelte wie besessen persönliche Reichtümer.

Das Volk nutzte die Gunst der arabischen Revolte und fegte Mubarak weg. Die politisch ausgehungerten Moslembrüder kamen wundersamerweise an die Macht und drehten die Uhr weit zurück. Das erlaubte es dem Militär, die Notbremse zu ziehen und das ganze Land erneut zu unterwerfen. Auf der Strecke blieben die Frühlingsgefühle und die Idealisten vom Tahrir-Platz. Das erinnert mich an die Bürgerrechtler der ehemaligen DDR. Außer Spesen nichts gewesen. In Ägypten herrscht heute Grabesruhe.

Syrien: Da sind die Syrer längst weiter. Ihr Land ähnelt jeden Tag mehr einem Friedhof. Auch hier heißt die Langzeit-Diagnose der Pathologen Arabischer Frühling. Diese unbegreiflich optimistische Umschreibung für die Tat, Jahrtausende gewachsene Strukturen restlos zu vernichten, kann von niemandem logisch erklärt werden. Was ist passiert? Syrien stammt, wie der Irak, aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches.

Fortsetzung weiter auf Seite 10

Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!

Sir David Eccles

„Nahost, Pulverfass oder Zukunftsregion“*Fortsetzung von Seite 9*

Vorübergehend waren Kolonialmächte am Werk, und dann versuchten arabische Nationalisten gemischt mit Militärdiktatoren die Menschen nachhaltig zu formen. 1970 putschte sich die Familie Assad an die Macht. Assad senior schuf eine knallharte Diktatur mit schier unbeschränkter Geheimdienst-Willkür, Ostblockstaaten vergleichbar. Während des Kalten Krieges standen die syrischen Machthaber natürlich auf der Seite der Sowjetunion.

Logisch, dass auch die Syrer gegen ihre Peiniger aufbegehren. Das geschah eher zaghaft und zuerst gewaltfrei. Das Militär griff so heftig an, als seien die Israelis einmarschiert. Das hatte es in Syrien schon einmal gegeben. Familie Assad gegen die Moslebrüder 1982. 24 000 tote Zivilisten, 6000 gefallene Soldaten. Diesmal verteidigt Sohn und Nachfolger Bashar Assad den Erbhof. Im vierten Bürgerkriegsjahr haben bereits 150 000 Menschen ihr Leben verloren, sind Millionen in die Nachbarländer und nach Europa geflüchtet. Ähnlich viele irren entwurzelt im Land umher.

In Syrien mischen alle mit – die vom Westen bewaffneten Nationalisten, die von den bigotten Golfarabern ausgestatteten Islamisten, iranische Elemente, die libanesische Hisbollah-Miliz, Teherans langer Arm, und die beinahe aus dem Nichts aufgetauchte Terror-Miliz „Islamischer Staat“, kurz IS oder ISIS.

Je mehr fremde und bekannte Heere das Land verwüsten, desto sicherer kann sich Assad junior fühlen. Am Ende paktiert sogar der Westen mit ihm, weil der ehemalige Augenarzt gefühlt das kleinere Übel ist. Zynischer geht es kaum mehr. Er wird die Schlacht verlieren, den Krieg aber am Ende möglicherweise gewinnen. Syrien, wie wir es kennen, kann dann aber nicht mehr existieren.

Irak: Er herrschte im selben historischen Zeitraum, nur in Bagdad hieß der Diktator Saddam Hussein. Ein Zivilist mit Hang zum Militär, ein starker Mann, der in bester arabischer Manier jegliche Opposition über Jahrzehnte mit Stumpf und Stil ausrotten ließ. Wiederholte Massaker unter den Schiiten des südlichen Irak und den Kurden aus dem Norden waren für ihn ein erstrangiges Herrschaftsinstrument. Saddam Hussein hasste die benachbarten Iraner, vor allem dann, als 1979 die Mullahs unter Khomeini die Macht übernahmen. Saddam wollte den von ihm lebenslang verehrten Amerikanern etwas Gutes tun. Also zettelte er einen Krieg mit dem Iran an. Den ersten Golfkrieg. Er dauerte die 80er Jahre und kostete mehr als eine Million Menschenleben. Viele starben durch Giftgas. Der Westen belieferte beide Seiten mit Waffen.

Erst als der irakische Despot in Kuwait einmarschieren ließ, um sich seine Kriegs-Tantiemen zu holen, über-

schrift er die imaginäre Linie des Weißen Hauses. Er wurde von einer internationalen Allianz zurück gedrängt und bestraft. Nachdem islamistische Terroristen am 11. September 2001 die USA angegriffen hatten, konstruierte die Regierung Bush absurderweise einen Kriegsgrund gegen den Irak. 2003 zerschlug sie ohne aktuellen, triftigen Grund das Saddam-Regime und öffnete die Büchse der Pandora. Seither starben 1,5 Millionen Iraker. In Bagdad kamen die Schiiten an die Macht, und damit vom Grundsatz her die Feinde aus Teheran. Die Kurden spalteten sich ab und gründeten eine erste Probe-Version ihres eigenen Staates.

Seit Monaten ziehen die hemmungslosen Horden der IS-Miliz durchs Land. Sie haben ihr sogenanntes Kalifat gegründet, den Osten Syriens besetzt, und bewegen sich im Blutausch in Richtung Südirak. Die schwarz gekleideten Gotteskrieger sind bestens mit Geld und Waffen ausgestattet, verfügen über das Know-how der von den Amerikanern in die Arbeitslosigkeit entlassene Saddam-Armee. Die Rache der früheren Machthaber an den heutigen hat begonnen.

Und wie immer muss vor allem die wehrlose Bevölkerung dran glauben. Wahllos ermorden die Fanatiker des Islamischen Staates Christen, Jeziden, Kurden, Schiiten, Sunniten. Wie auch immer. Das Mittelalter ist zurückgekehrt, und zwar in seiner übelsten Form. Wieder geht es um Territorium und Glauben. Die Amerikaner haben nach 4 900 Toten und unzähligen Verletzten das Zweistromland als erste Verlierer verlassen und müssen nun zusehen, wie vergeblich alles war.

Afghanistan: Die Doublette. 3 500 ausländische Soldaten starben seit 2001 am Hindukusch. Sie haben es nicht geschafft, ihre Demokratie und ihre Werte zu etablieren. Auch die Bundeswehr kehrt zum Jahresende geschlagen zurück. Die Abenteuer in Irak und Afghanistan haben eine Summe gekostet, die jenseits des Vorstellbaren liegt. Eine Eins und weitere zwölf Stellen dahinter. Auch in Afghanistan außer Spesen wenig gewesen. Nur Leid und Tod, sinnlose Zerstörung und Machtspiele ohne Sinn. Sollte unsere Freiheit wirklich am Hindukusch verteidigt werden, wie es der frühere Verteidigungsminister Peter Struck formulierte, dann haben wir bereits verloren. Jetzt kostet erst einmal der Wiederaufbau des geschundenen Landes die Milliarden einer Geberkonferenz. (Dasselbe übrigens im Gaza-Streifen.) Immerhin, wir renovieren, was wir kaputt machen. Das haben die Afghanen bei den Engländern und bei den Sowjets, unseren Vorgängern, nicht erlebt. Es wird sie aber nur ein bisschen trösten. Erste Informationen liegen vor, dass sich die Taliban in Afghanistan und im benachbarten Pakistan neu erfinden.

Wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, dann werden

Fortsetzung weiter auf Seite 11

Solange man dem anderen sein Anderssein nicht verzeihen kann, ist man weitab vom Wege der Weisheit.. Sprichwort aus China

„Nahost, Pulverfass oder Zukunftsregion“

Fortsetzung von Seite 9

sie IS heißen. Das beweist, dass es immer schlimmer kommen kann, je mehr wir das Gegenteil zu erreichen versuchen.

Letzte Woche hat das Londoner „Institute for Economics and Peace“ den neuen **Global Terrorism Index** herausgegeben. Darin steht geschrieben, dass 2013 weltweit 10 000 Terroranschläge passierten.

Das bedeutet 44 Prozent mehr als 2012. In absoluten Zahlen sind 18 000 Menschen durch die Hand von Terroristen ums Leben gekommen, 61 Prozent mehr als 2012. Mehr als 80 Prozent der Taten geschahen im Irak, in Afghanistan, in Pakistan, in Nigeria und Syrien. In dieser Reihenfolge. Allein ein Drittel aller Terror-Toten wurden im Irak gezählt. Das ist der Fluch der bösen Tat des Jahres 2003. Es wäre ein logischer Grund, George W. Bush ebenfalls in Den Haag unterzubringen. Neben Sarkozy. Die Welt wird nur sicherer, wenn die Kriegstreiber ihre Macht verlieren. Hätten wir mehr Zeit, würde ich jetzt noch über Putin sprechen.

Das absolut Traurigste zum Schluß: Wie weit sind wir gekommen, wenn wir in letzter Konsequenz überlegen müssen, ob es nicht sogar geboten wäre, den einen oder anderen eisenharten Schurken zu behalten. Im Interesse von Stabilität und Frieden.

Wir könnten nicht ohnmächtiger sein. *****

Peter Orzechowski
München

Aufrüsten für den Crash

Wie die Bundeswehr in Deutschland Krieg führen kann

Während die Politiker nervös die Revolte der Bürger gegen den Unsozialstaat erwarten, rüsten Polizei und Geheimdienste bereits für den Ernstfall auf. Die Bundeswehr soll in jedem Fall dabei sein – auch wenn das Grundgesetz das eigentlich verbietet.

„In unserem Land gärt es. Da hat sich viel Wut und Empörung aufgestaut. Das Gerechtigkeitsgefühl ist tief verletzt“, warnte der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier schon 2009 in der Süddeutschen Zeitung (1). Zuvor hatten Gesine Schwan (SPD) eine „explosiv werdende Stimmung“ und DGB-Chef Michael Sommer „soziale Unruhen“ prophezeit (2). Der Soziologieprofessor Ulrich Beck von der Ludwigs-Maximilians-Universität in München sieht gewaltvolle Aktionen auf den Straßen kommen, „wenn die Puffer, die in Deutschland und anderswo soziale Ungleichheiten

abmildern, nicht mehr funktionieren. Angenommen, wir hätten hier noch in diesem Jahr fünf Millionen Arbeitslose, dann könnten auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus sehr viel stärkere Konflikte entstehen, als wir bislang vermutet haben. Der Gerechtigkeitschrei ist überall hörbar. In dem Maße, in dem man Banken für systemnotwendig erklärt und mit ungeheuren Beträgen eine Art Staatssozialismus für Reiche praktiziert, während Arbeitnehmer auf Hartz-IV-Sätze fallen, kommt es leicht zu entflammenden Konflikten, die auch mit breiter Unterstützung rechnen können.“ (3)

Brodelt es im Volk?

Wilhelm Heitmeyer, Konfliktforscher an der Universität Bielefeld, versucht sich seit Jahrzehnten ein Bild von der Gefühlslage der Deutschen zu machen. In seiner seit 2002 durchgeführten Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ kommt er zu folgendem Zwischenbericht: Immer mehr Deutsche fühlen sich immer ungerechter behandelt. Jeder zweite Deutsche denkt, er bekäme weniger als seinen gerechten Anteil. Zwei Drittel glauben, Arme würden immer ärmer und Reiche immer reicher. „Die Menschen nehmen die Entwicklung unserer Gesellschaft als ungerecht wahr, sie haben das Gefühl, in einem immer ungerechteren Land zu leben.“ (4) Alarmiert ist Heitmeyer deswegen, weil in den bisherigen, seit 1964 regelmäßig durchgeführten Umfragen die Hälfte der Deutschen ihren Staat als einen gerechten ansahen. „Erst ab der Jahrtausendwende wurde Deutschland als immer ungerechter empfunden. Zuletzt standen 73 Prozent, die das Land als ungerecht ansahen, gegen nur mehr 13 Prozent, die die Lage als gerecht wahrnahmen.“ (4)

Und die Empfindungen der Mehrheit sind keine dumpfen Vorurteile gegen „die da oben“, wie die Süddeutsche Zeitung vorrechnet: „Der Vorstandsvorsitzende eines Großkonzerns, der in den Siebzigern im Schnitt das 30-fache eines Arbeiters in seinem Betrieb verdiente, bekam 30 Jahre später das 350-fache.“ Mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens akkumulierte sich so bei den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. (4)

Gestützt werden diese Zahlen auch von internationalen Studien: Als die EU kürzlich untersuchte, wie sozial ihre Mitgliedsstaaten sind, kam Deutschland auf Platz 19, hinter Bulgarien und Polen. In einer Studie der OECD aus dem Jahr 2008 erhielt Deutschland gar ein besonderes Prädikat: Nirgends habe die soziale Ungleichheit von 1995 bis 2005 stärker zugenommen als in der Bundesrepublik.

Das Szenario der Geheimdienste

Umso nervöser werden die Regierung und mit ihr die Geheimdienste. Das National Intelligence Council, eine Denkfabrik der CIA, hat in den letzten Jahren drei Studien erstellen lassen: Global Trends 2010, Global Trends 2015 und Global Trends 2025. In allen drei Studien werden schwere innere soziale Unruhen für die Ballungsgebiete

Fortsetzung weiter auf Seite 12

Jeder muß den Mut zu seiner eigenen Meinung haben!

Wilhelm von Humboldt (1767-1835)

„Aufrüsten für den Crash.....“*Fortsetzung von Seite 11*

der Europäischen Union vorhergesagt. In Deutschland seien besonders gefährdet: Teile des Ruhrgebiets, Teile von Berlin, Vororte von Hamburg, Teile Stuttgarts und der Rhein-Main-Raum. (5)

Auch die EU rechnet offenbar mit Schlimmerem. Im Januar 2009 wurde in Brüssel – von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet – ein Beobachtungs- und Frühwarnzentrum für schwere innere Unruhen in den EU-Mitgliedsstaaten eingerichtet. (6) Schon seit Längerem trainieren Bundespolizei, Sondereinsatzkommandos (SEK) und einige Landespolizeieinheiten gemeinsam mit ihren europäischen Kollegen die Beherrschung sogenannter "polizeilicher Großlagen". (7) Die deutlichste Aktion ist aber die Aufstellung von „Eurogendfor“, einer geheimen, 3000 Mann starken europäischen Sondereingreiftruppe. Diese „European Gendarmerie Force“, deren Führungsstab im italienischen Vicenza sitzt, ist eine mit geheimdienstlichen Kompetenzen ausgestattete paramilitärische Truppe, die „in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Militärs die Sicherheit in europäischen Krisengebieten gewährleisten“ soll. (8) Sie kann auf Anfrage eines Einzelstaates oder nach Beschluss der EU in Marsch gesetzt werden. Über ihre Einsatzstrategie entscheidet ein „Kriegsrat“ – ein Ausschuss aus den Verteidigungs- und Innenministern der EU-Staaten. Artikel 4 des Gründungsvertrages macht unmissverständlich klar, warum „Eurogendfor“ gegründet wurde: „Schutz der Bevölkerung und des Eigentums und Aufrechterhaltung der Öffentlichen Ordnung beim Auftreten öffentlicher Unruhen.“ (9) Ein interessantes Detail aus den gesetzlichen Regelungen für die Truppe: Die Soldaten-Gendarmen müssen sich im Einsatz zwar zunächst an das Recht des Staates halten, in dem sie eingesetzt werden. Besetzen sie jedoch Gebäude oder Gelände, so sind diese den Behörden des Staates nicht mehr zugänglich, also immun.

Statt die Ursachen sozialer Unruhen zu untersuchen und fundierte Konzepte zur Abhilfe entwickeln zu lassen, setzt die Bundesregierung auf das staatliche Gewaltmonopol. Mit dem US-Heimatschutzministerium wurde „wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit“ vereinbart. Vertragsgegenstände sind Methoden zum „Aufspüren von Bedrohungen der zivilen Sicherheit“, der „Schutz von kritischen Infrastrukturen und Schlüsselressourcen“ sowie „Krisenreaktion, Folgenmanagement und Schadensbegrenzung bei folgenschweren Ereignissen“. Ähnliche Verträge gibt es mit Frankreich und Israel. (7)

Und man geht mancherorts schon in die konkrete Vorbereitung: In einigen Bundesländern sind die Zivilschutzämter dabei, Lebensmittelkarten herstellen zu lassen und einzulagern. Im Falle einer Hyperinflation will man Produktion und Vertrieb von Versorgungsgütern zwangsbewirtschaften und rationieren - Lebensmittel nur mehr in kleinsten Mengen "auf Marken" - wie einst zu Kriegs- und zu Nachkriegszeiten.

Die Kreisämter sind angewiesen, für den Ausfall der Wasser- und Energieversorgung vorzuplanen. (7)

Bundeswehr-Einsatz im Innern

Damit die staatliche Ordnung aufrechterhalten werden kann – koste es, was es wolle, - wird immer häufiger der Einsatz der Bundeswehr im Innern diskutiert. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, hat schon einmal vorgelegt. Unter bestimmten Bedingungen sei der Einsatz der Bundeswehr innerhalb Deutschlands nicht nur erwägenswert, sondern unumgänglich. Es seien Szenarien denkbar, auf die nur mit militärischen Mitteln reagiert werden könne. (10) Das Grundgesetz sieht den Einsatz der Bundeswehr vorrangig zur Außenverteidigung der Bundesrepublik Deutschland vor. Für alle anderen Einsatzformen, also auch die Verwendung der Bundeswehr auf oder über deutschem Staatsgebiet, sind die Behörden nach Artikel 87a des Grundgesetzes (GG) an grundgesetzliche Regelungen gebunden. Sind die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt, kann die Bundeswehr unterstützende Funktionen in Bezug auf bereits laufende polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen erfüllen. Hierfür gibt es folgende zwei Möglichkeiten.

Im Rahmen der Amtshilfe und Organleihe ist es zulässig, dass ein Land "*Kräfte und Einrichtungen*" der Streitkräfte "*zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall*" anfordert (GG Art.35). Dabei kann nach aktueller Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Begriff "*Unglücksfall*" nach Sinn und Zweck des Bundeswehreinsetzes, nämlich dem wirksamen Katastrophenschutz, weit ausgelegt werden.

Eine weitere Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr im Innern ergibt sich aus der Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik in der Form, wie ihn das Grundgesetz in Artikel 87a und 91 vorsieht. Dies umfasst zum einen eine Bedrohung der Existenz des Bundes oder eines Landes oder aber auch der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung. In *jedem Fall* müssen die Bestimmungen des Artikels 91 II GG erfüllt sein, nach dem das bedrohte Land entweder nicht fähig oder nicht willens sein darf, damit ein Streitkräfteeinsatz im Innern verfassungskonform ist.

Was das Grundgesetz erlaubt

Sehen wir uns die beiden Verfassungsartikel einmal an. Im Artikel 87 a heißt es:

- (1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.
- (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.
- (3) Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle die Befugnis, zivile Objekte zu schüt-

Fortsetzung weiter auf Seite 13

Die Religion soll nicht Wurzel sein der Staaten, die nur solche oder solcher Früchte geduldig trägt, sondern befruchtender Tau, der alle Pflanzen erquicket!

Ludwig Börne

„Aufrüsten für den Crash.....“*Fortsetzung von Seite 12*

zen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden; die Streitkräfte wirken dabei mit den zuständigen Behörden zusammen.

(4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie die Bundespolizei nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und der Bundespolizei beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.

Und in Artikel 91 steht:

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder sowie Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen und der Bundespolizei anfordern.

(2) Ist das Land, in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage, so kann die Bundesregierung die Polizei in diesem Lande und die Polizeikräfte anderer Länder ihren Weisungen unterstellen sowie Einheiten der Bundespolizei einsetzen. Die Anordnung ist nach Beseitigung der Gefahr, im Übrigen jederzeit auf Verlangen des Bundesrates aufzuheben. Erstreckt sich die Gefahr auf das Gebiet mehr als eines Landes, so kann die Bundesregierung, soweit es zur wirksamen Bekämpfung erforderlich ist, den Landesregierungen Weisungen erteilen; Satz 1 und Satz 2 bleiben unberührt.

Wie das Grundgesetz bereits aufgeweicht wird

Erste Ansätze für die Aufweichung der Vorschriften des Grundgesetzes gibt es bereits. Stichwort ist hier die so genannte Crowd and Riot Control (CRC). Das ist die englische Bezeichnung für „Überwachung und Kontrolle von Menschenmengen“. Diese Aufgabe wird von zivilen oder militärischen Organisationen eines Landes oder einer Vertragsgemeinschaft wahrgenommen.

Als CRC-Kräfte können Polizei oder Militär eingesetzt werden. Zur Ausrüstung dieser Kräfte gehören Schutzschilde, Schutzhelme, Körperprotektoren, Schlagstöcke, Reizgas, Wasserwerfer und Gummigeschosse.

Im Inland werden diese Aufgaben grundsätzlich von der Bundespolizei und der Polizei der Länder wahrgenommen. Im Falle eines Notstands jedoch, kann Artikel 87a GG

(siehe oben) geltend gemacht werden. Und für diesen Fall hat die Bundeswehr schon 2006 vorgebaut, indem sie vier Feldjäger-Bataillone mit CRC-Aufgaben betreute.

Dies sind:

1. Feldjägerbataillon 151 Neubrandenburg (mit den Standorten Hagenow und Hamburg)
2. Feldjägerbataillon 152 Hannover (mit dem Standort Bremen)
3. Feldjägerbataillon 251 Mainz (mit dem Standort Rotenburg an der Fulda).

In diesen Einheiten werden Mannschaftssoldaten mit der Spezialisierung CRC (NonLethalWeapons-Trupp, Brandbekämpfung- und Bergetrupp) ausgebildet. Zu diesen CRC-Trupps und ihrer Bewaffnung wurde im Mai 2009 im baden-württembergischen Ettlingen ein hochrangig besetztes Symposium abgehalten. Die Themen der referierenden Militärs waren unter anderem: Der Einsatz von NonLethalWeapons (nicht tödlichen Waffen) gegen Aufständische; Erläuterung der neuesten Elektroschockwaffen; Operationen in urbanem Umfeld – besondere Herausforderung für die Landstreitkräfte. Natürlich blieben die Vorträge und Empfehlungen des Symposiums geheim.

Gar nicht heimlich ging es dagegen am 16. Mai 2009 in Ostwestfalen zu. In der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne nahe Augustdorf fand von 8 bis 18 Uhr eine Vorführung mit dem Titel „Beherrschen von Menschenmassen“ statt. Die eingesetzten Truppen zeigten den Gästen, wie im Unruhefall die Zusammenarbeit zwischen Zivilbehörden und Militär funktionieren soll. (11)

Damit das Militär im Innern auch effektiv zuschlagen kann, hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages im März 2009 63 Millionen Euro für die Anschaffung von 30.000 155-Millimeter-Sprenggeschossen zur Bekämpfung von so genannten Weichzielen in Ballungsgebieten. Als weiche Ziele werden Menschen und ungepanzerte Infrastruktur bezeichnet. (12)

Schon mal den Ernstfall geprobt

Den Test eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren gab es bereits 2007. Die damals vom Bundesverteidigungsminister (BMVG) zu verantwortenden Aufklärungsflüge zweier Tornado-Kampfflugzeuge vor und während des G-8-Gipfels 2007 in Heiligendamm werteten Hans-Christian Ströbele von den Grünen und Gregor Gysi von der Linken als verfassungswidrig, Verteidigungsminister Franz Josef Jung jedoch als „technische Amtshilfe“. Das BMVG musste im Verlauf des Eklats einräumen, die Anfrage des Abgeordneten Ströbele falsch beantwortet zu haben. Mindestens eines der Kampfflugzeuge hatte die gesetzliche Mindestflughöhe von 500 Fuß trotz vorhandener akustischer Warnsysteme unterschritten. Im Aufklärungsprozess stellte sich weiterhin heraus, dass es statt der genehmigten zwei zusätzlich auch fünf ungenehmigte Aufklärungsflüge gegeben hatte, die

Fortsetzung weiter auf Seite 14

Religion ist ein Prisma, von dessen sieben Farben sich jeder seine Lieblingsfarbe wählen mag; alle aber rühren nur von einem Sonnenstrahl!

Karl Julius Weber

„Aufrüsten für den Crash.....“
Fortsetzung von Seite 13

der amtierende Geschwaderkommodore, Oberstleutnant Heinzmann, eigenmächtig auf Anfrage der Polizei hin befohlen haben soll.

Neben Kampfflugzeugen und Hubschraubern setzte die Bundeswehr beim G8-Gipfel aus allen Teilstreitkräften Personal und Material ein. Im Einsatz waren zahlreiche Spähpanzer, sechs Verkehrsboote, drei Minenjagdboote, eine Fregatte sowie 1100 Soldaten und zivile Mitarbeiter. Die Bundeswehr stellte weiterhin ca. 6500 Unterkünfte für Polizisten zur Verfügung.

Vermutlich war dieser Einsatz erst der ganz bescheidene Anfang.

Atlas der Wut

Bei deutschen Sicherheitsbehörden kursieren streng vertrauliche Listen, die soziale Brandherde quer durch Deutschland benennen. Sie seien 2005 als Reaktion auf die schweren Unruhen in französischen Vorstädten erstellt worden. Das ist das Ergebnis der Recherchen des Terrorismusexperten Udo Ulfkotte, die er in seinem Buch "Vorsicht Bürgerkrieg!" vorstellt.

Dieser sogenannte "Atlas der Wut" umfasse eine Liste mit 165 Stadtteilen und Orten, in denen Sicherheitsexperten starke soziale Unruhen, Krawalle und Revolten in absehbarer Zeit für wahrscheinlich halten.

Schwerpunkte sind danach das Ruhrgebiet sowie mehrere problembelastete Stadtteile in Hamburg, Bremen, Berlin, Frankfurt, München und Hannover. In den neuen Ländern werden Unruheherde vor allem in Sachsen vermutet.

Diese Zusammenstellung liege auch der Bundesregierung vor, die Liste werde mehrmals jährlich aktualisiert. "An diesen Orten brodeln ein explosives Gemisch", schreibt Ulfkotte. Vor allem die Finanzkrise und die sich verschärfende Arbeitslosigkeit könnten die Spannungen weiter steigern.

Waffen für den Bürgerkrieg

Staatliche Forschungseinrichtungen und Rüstungsindustrie arbeiten an nicht-tödlichen Waffen, die sich zur "unblutigen" Niederschlagung von Aufständen eignen sollen. Offizielle Bestätigungen gibt es nicht, aber vermehrte Hinweise, dass einige Polizeiverbände bereits mit diesen Non Lethal Weapons ausgerüstet wurden.

Bundespolizei und die SEK in Berlin, Sachsen und Nordrhein-Westfalen sollen elektromagnetische Skalarwaffen im Testeinsatz haben: Waffen, die mit Mikrowellen die Zielpersonen erheblich verletzen. Produzenten und gemeinsame Vermarkter: Rheinmetall DE-TEE (Düsseldorf) und die Diehl BGT Defence (Nürnberg).

Eine der neuen "nicht-letalen" Waffen nutzt elektrischen Strom von geringer Stärke aber mit 50 000 Volt Spannung - der Taser. Eine Pistole, die eine an dünnem Draht hängende Nadel verschießt. Über den Draht werden dem Getroffenen

Stromstöße verpasst, die schwere Muskelkrämpfe verursachen. Amnesty International berichtet über zahlreiche Todesfälle in den USA und in Kanada, wo der Taser schon im Polizeialltag verwendet wird..

Bei der Mikrowellen-Kanone der Firma Diehl greift ein Strahl elektromagnetischer Wellen angeblich nur die obersten 0,4 mm der Haut an. Der Strahl der "Kanone" (die einer flachen Salatschüssel gleicht) bleibt auf viele hundert Meter gebündelt und kann die Haut einzelner Zielpersonen schmerzhaft aufheizen, im Extremfall verbrennen.

Der Advanced Tactical Laser wird von Flugzeugen aus computergesteuert über einen satellitenschüssel-großen Richtspiegel abgeschossen. Der gebündelte Lichtstrahl hat angeblich eine Aufschlagsfläche von kaum Bierdeckelgröße und verursacht in Sekundenbruchteilen hochgradige Verbrennungen. Zu dieser Waffenart gehört das Pulsed Energy Projectile (PEP). Es soll mittels millisekunden-kurzer infraroter Laserpulse einen mechanischen Impuls erzeugen. Dieser kann die oberste Schicht des Ziels (Kleidung, Haut) schlagartig verdampfen. Eine Druckwelle aus Dampf und Restenergie wirft den Getroffenen zu Boden. Die Reichweite des PEP soll bis zu 2 km betragen. Die Wirkung soll vergleichbar sein mit sogenannter stumpfer Wuchtmunition. Folgewirkungen: u.a. Taubheit, Blindheit:

Die Schallkanone, bereits geordert vom Pentagon: Mit dem Long Range Acoustic Device (LRAD) werden akustische Signale von 2100-3100 Hertz mit maximalem Schalldruck von etwa 150 Dezibel ausgesendet. Schriller LRAD-Ton verursacht im Nahbereich in Mensch und Tier furchtbare Schmerzen. Er kann von einem flachen Lautsprecher aus trichterförmig auf größere Ziele gerichtet werden, auf Menschenansammlungen zum Beispiel. Auch diese angeblich nicht-letale "Kontrollwaffe" verursacht u.U. schwere Körperverletzungen (Zerstörung des Innenohrs sowie des Gleichgewichtssinns). Die US-Truppen verwendeten sie regelmäßig im Irak.

Anmerkungen

- 1) Süddeutsche Zeitung Magazin vom 19. Juni 2009
- 2) Profil (das österreichische Nachrichtenmagazin) vom 4. Mai 2009
- 3) ebenda
- 4) Süddeutsche Zeitung Magazin vom 19. Juni 2009
- 5) www.dni.gov/nic
- 6) Daily Telegraph vom 22. Januar 2009
- 7) Neue Rheinische Zeitung vom 29. April 2009
- 8) www.eurogendfor.org
- 9) ebenda
- 10) Neue Rheinische Zeitung vom 29. April 2009
- 11) www.absurde.de/images/stories/soldat
- 12) Reuters vom 18. März 2009

Massoud Harun-Mahdavi
München

Frau Dr. Auma Obama Gastrednerin am Tag der Menschenrechte in Ingolstadt am 7.12.2014

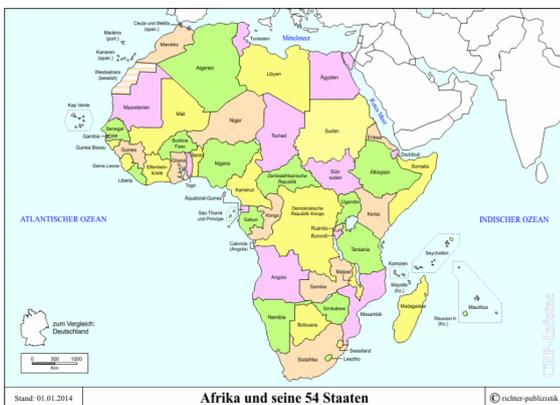
Auf Einladung der ai-Gruppe Ingolstadt, unter der Leitung von Frau Gudrun Rihl, konnten die Vorstände des Vereins Zeugen des Vortrages von Frau Dr. Auma Obama, die Schwester des US-Präsidenten Barak Obama, sein.

Nach der alljährlichen Ausstellung vieler Menschenrechtsorganisationen, anlässlich des Tages der Menschenrechte im Foyer, erfolgte eine sehr interessante Rede von Frau Obama im Theatersaal des Stadttheaters Ingolstadt.

Frau Obama hat, als ehemalige Studentin der Universität Heidelberg, in ihrer temperamentvollen Art ein Vortrag in perfektem Deutsch gehalten, mit dem Ziel den Anwesenden verständlich zu machen, daß Afrika nicht ein einzelnes Land mit dem Namen Afrika ist sondern ein Kontinent mit über 55 unterschiedlichen Ländern. Afrika ist, so Frau Obama, nicht wie in den Medien präsentiert und landläufig vorgestellt wird, ein armes Land, aus dem die Menschen nur versuchen nach Europa zu flüchten, sondern ein Kontinent mit vielen Facetten, reich an Boden- und Naturschätzen mit großer Geschichte und Kultur, in dem die meisten sehr gerne und nicht alle schlecht leben. Und wenn heute die Ärmsten der Armen, die oft tödliche Flucht nach Europa ergreifen, dann ist das häufig ein politisches Problem. Menschen werden in ihren Ländern so unwürdig behandelt, und ihr Land wird wirtschaftlich so ausgebeutet, daß für viele gerade jungen Menschen der Tod auf der Flucht dem Tod in der Heimat vorzuziehen ist, da der Tod auf der Flucht immerhin noch eine Chance bietet ihr Leben zu ändern.



Heidelberg, in ihrer temperamentvollen Art ein Vortrag in perfektem Deutsch gehalten, mit dem Ziel den Anwesenden verständlich zu machen, daß Afrika nicht ein einzelnes Land mit dem Namen Afrika ist sondern ein Kontinent mit über 55 unterschiedlichen Ländern. Afrika ist, so Frau Obama, nicht wie in den Medien präsentiert und landläufig vorgestellt wird, ein



Quelle Karte <http://www.crp-infotec.de/03welt/afrika/basics.html>

Mit viel Charme und Witz hat Frau Obama noch das sehr ernste und aktuelle Dilemma um die Entwicklungshilfe aufgezeigt.

Als Mitbegründerin der Stiftung Saudiku (Stärke deine Stimme) und Mitglied im Weltzukunftsrat der Vereinten Nationen, hat sie auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß sich die Menschen auf Augenhöhe begegnen, sich gegenseitig zuhören und versuchen müssen sich gegenseitig wahrzunehmen, um Menschenrechte überhaupt verwirklichen lassen zu können.

Sie brachte ein sehr anschauliches Beispiel für die falsche Art der vermeintlichen Entwicklungshilfe. Sie erzählte, daß zuerst versucht wurde als Entwicklungshilfe Fische nach Afrika zu schicken. Als man merkte, daß ein Großteil der Fische bei der Zielankunft verdorben war, dachte man sich schlauerweise, man müsse nun den „Afrikanern“ das Fischen beibringen, damit sie selber fischen können. Aber Frau Obama bemängelte zu Recht, daß die betroffenen Menschen nie gefragt wurden ob sie überhaupt Fisch essen.

Frau Obamas Forderung ist in einem Satz zusammen zu fassen: Nicht die aktionistische Entwicklungshilfe, die sicherlich gut gemeint ist, ist heute gefragt, sondern eine nachhaltige wirtschaftliche Partnerschaft.

Angesichts der Entwicklung der Flüchtlingsströme der letzten Monate und Jahre können wir vom Verein „Leben und Leben Lassen“ Frau Obamas Forderung mit Tat und Kraft bestätigen und unterstützen. Nur eine wirtschaftliche aber auch politische Partnerschaft auf Augenhöhe kann zu einer nachhaltigen Entwicklung und vor allem Frieden für alle Seiten führen.



Im Anschluss an der Rede gab es am selben Nachmittag noch einen Empfang des Oberbürgermeisters der Stadt Ingolstadt Herr Dr. Christian Lösel im historischen Sitzungssaal des Alten Rathauses Ingolstadt, bei dem der Vorsitzende des Vereins und seine Gattin die Gelegenheiten hatten Frau Dr. Obama persönlich für den eindrucksvollen Vortrag zu danken, ihr die Arbeit unseres Vereins vorzustellen und im Namens des Vereins ein kleines Erinnerungsgeschenk zu überreichen.



In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst.

Aurelius Augustinus (354-430)

„Was erwartet uns 2015.....“
Fortsetzung von Seite 1

Was die Zukunft betrifft, ist für jeden genug da, wenn er alles aufgeschlossen an sich herankommen läßt. Die schlechte Nachricht:

Es wird jedes Jahr schwieriger, entspannt in die Zukunft zu blicken, weil so viel passiert, was keiner voraussehen kann. Ganz ehrlich: Habt Ihr Fukushima und ISIS, Putins Annektion der Krim, den neuen Honeymoon zwischen Havanna und Washington, das tragische Ende zweier malaysischer Verkehrsflugzeuge oder auch das Ableben von Udo Jürgens vorausgesehen? Natürlich nicht! Und so geht's mir auch.

Bleiben wir kurz bei der Negativauslese. In diesem Jahr bewegt uns der latent drohende Weltuntergang nicht, weil es dafür einfach keine Anzeichen gibt. Sicher - hier und dort arbeiten sie daran, aber das sind eher regionale Fehl-Leistungen, die den Globus noch nicht aus seiner Bahn bringen. Wir kommen später darauf zurück.

Überhaupt sollten wir uns auf einige besonders prägnante Themen konzentrieren, weil wir dann die Dinge eher auf den Punkt bringen. Wusstet Ihr, dass 87 Prozent der deutschen Frauen und 66 Prozent der Männer ihr Horoskop studieren? Wenn man sie darauf anspricht, dann reagieren sie wie jene Bildzeitungs-Leser, die seit ewigen Zeiten entschuldigend murmeln, der Sportteil lohne sich auf jeden Fall. Chris, unklar ob Mann oder Frau, hat mir am 8. Dezember eine eMail geschickt. Überschrift: „Im ersten Quartal 2015 wird etwas von äußerster Bedeutung für Sie geschehen!“

Das tut so gut, dass ich es ordentlich zitieren muss, ohne Kürzungen und Verfälschungen: *„Mit dem Jahr 2015 startet eine vorteilhafte und beispiellose Zeit für Sie. Durch ein sehr einflussreiches und besonderes astrologisches Phänomen werden Sie in Ihrem Leben eine entscheidende positive Wende erleben. Die sich in vielen Lebensbereichen widerspiegeln wird. Nach meinen Berechnungen ist Ihre Zukunft durch einen positiven planetarischen Einfluss gekennzeichnet, der zu wichtigen Veränderungen in Ihrem Leben führen wird, und Sie durch die momentan schwierige Zeit, die Sie durchleben, führt. Ihre negative Aura wird dadurch verschwinden, und somit auch Ihre Probleme.“*

Wenn man diesen eigenwilligen Umgang mit der deutschen Sprache großzügig toleriert, dann denkt man sich auch nichts beim klein gedruckten Hinweis am Ende der zweiten Seite: „Antworten Sie nicht auf diese eMail, es erfolgt keine Zustellung.“

An Horoskope, habe ich gelernt, glaubt man dann, wenn sie etwas aussagen, was man glauben möchte. Das erinnert an den amerikanischen Zirkus-Direktor Barnum, der in seinem Programm stets „ein bißchen was für jeden“ bieten wollte. So entstand der sogenannte Barnum-Effekt. Er macht den Aberglauben smalltalkfähig und lullt die Mißtrauischen ein. Wie ist das so mit Vorhersagen? Ein wunderschönes Beispiel bietet uns die „Verkehrsprognose 2015“ der Bundesregierung. Sie entstand bereits zur Jahrtausend-Wende. Damals ging man

für 2015 von 50 Millionen Autos auf deutschen Straßen aus. Leider sind es nicht einmal 44 Millionen geworden. Die ambitionierte Studie sprach seinerzeit von 251 Millionen Flugpassagieren. 2015 ist aber bei 180 Millionen Schluss. Ähnlich langten die Planer bei der Binnenschiffahrt daneben. Ich erspare Euch diese Zahlen.

Ein anderes Beispiel, ein viel Schöneres. 1798 sagte ein Mathematiker namens Thomas Malthus das Ende der Zivilisation voraus. Die Menschheit, so seine These, wachse schneller als das Nahrungsangebot. Seine Fantasie reichte nicht aus, sich Traktoren und Pflanzenschutzmittel und deren flächendeckende Wirkung vorzustellen. - Der Großteil der heutigen Zukunftsberechnungen orientiert sich an demographischen Werten. Mit Stolz zählen die Wissenschaftler durch, wieviele bereits lebende deutsche Frauen Kinder zur Welt bringen könnten. Darauf basieren dann Zukunftsszenarien.

Dass diese Analysen ihr Hochglanz-Papier nicht wert sind, steht spätestens dann fest, wenn die Eurokrise eine Bevölkerungswanderung aus der südlichen EU in die nördliche auslöst, wenn der sogenannte „Arabische Frühling“ die traumatisierten Überlebenden nach Europa treibt, wenn ungewöhnlich viele Sachsen und Thüringer auch nach 25 Jahren dem sogenannten „Aufschwung Ost“ nicht glauben, und einfach abhauen. Immer noch leeren sich in Suhl und Pirna die Plattenbauten, obwohl im Tessin und am Wörthersee das Wort Mindestlohn ein anhaltendes Grinsen auslöst. Heutzutage, meinte der Ökonom Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, könne man „alle Bevölkerungsprognosen in die Tonne werfen“. Was lässt sich dann überhaupt noch für die nahe Zukunft berechnen?

Jetzt sind wir bei den heiklen Themen angekommen. Zu den größten Problemen der Menschheit zählt derzeit der islamische Faschismus, der auch unter Begriffen wie „Heiliger Krieg“ oder „Jihad“ auftritt. Dachte man bisher, dass es nicht mehr menschenverachtender kommen würde, als unter Osama bin Laden und seiner weltumspannenden Organisation „Al Qaida“, wurden die Opfer wie auch die Beobachter des sogenannten „Islamischen Staats“ eines Besseren belehrt. Aus den Überresten der hochgerüsteten – und seit 2003 arbeitslosen – Armee des Iraks von Saddam Hussein hat sich seit 2012 ein Landsknechtshaufen gebildet, der sich einen religiösen Anstrich gibt und dabei ethnische Säuberungen in weiten Teilen des ehemaligen Syriens und des ehemaligen Irak betreibt. Seit Jahrhunderten gab es keinen derart gezielten Versuch, Andersgläubige auszurotten. Angst und Schrecken bereitet schon die Tatsache, dass die schwarzgekleideten, vermummten Massenmörder ihren Opfern den Kopf abschneiden.

Der sogenannten „Islamische Staat“, den unsere vermeintlichen Freunde in der Türkei und in den reichen Golfstaaten angeschoben haben, ist Teil des weltweiten islamistischen Terrorismus. Eine neue Untersuchung der BBC und der Universität London hat ergeben, dass allein im Monat November 2014 die Islamisten weltweit 664 mal angriffen und dabei 5042 Menschen

Fortsetzung weiter auf Seite 17

Herzengüte ist der Adel des Lebens!

Deutsches Sprichwort

„Was erwartet uns 2015.....“
Fortsetzung von Seite 1

töteten. Das geschah gut überschaubar in zwölf Staaten. Jeweils 800 Opfer wurden in Nigeria und in Afghanistan gezählt. Das lässt sich weder durch vollmundige Resolutionen noch durch amerikanische Luftangriffe stoppen. Letzte Woche hieß es, die Kurden hätten den Vormarsch der Terror-Miliz gestoppt, sie sogar zurückgeschlagen. Ich zweifle noch. Die hochgerüsteten Killer-Banden werden weiter marschieren und alle töten, die sich ihnen in den Weg stellen. Eine zunehmende Tendenz für 2015.

In den letzten Jahren hat uns auch immer wieder die Frage beschäftigt, wie weit die Iraner mit ihrer Atombombe sind, und wie lange Syriens Assad noch in seinem Palast sitzen wird. Ganz klar, die Iraner werden weiter bauen, bald auch mit Hilfe der Amerikaner und des „Westens“. Nur eben kontrolliert und viel langsamer. Inzwischen braucht man sie auch als neue Bündnispartner. Und Assad? Er wird bleiben. Auch er hat viel Zeit gewonnen, könnte durchaus noch Alliiertes werden. Seine neuen Feinde sind noch blutrünstiger. Das hilft ihm jeden Tag mehr. Das stark dezimierte Volk wird es teuer bezahlen. Nun wurde in Tunesien wieder einmal gewählt. Der neue Präsident ist 87 und optimistisch. Das war die gute Nachricht. Weiterhin zunehmen wird die Zahl der weltweit bereits 50 Millionen Flüchtlinge. Das neue, größere Deutschland hat noch nie so viele Flüchtlinge gesehen, wie im zu Ende gehenden Jahr. 2014 trafen beim zuständigen Bundesamt 60 Prozent mehr Asylanträge ein, als 2013. Kalkuliert waren 160 000. Dann kamen 200 000. Da wären wir wieder bei den Voraussagen. Auf alle Fälle Tendenz steigend, weil die Bürgerkriege an Intensität zunehmen, die Menschen immer verzweifelter werden. Sie riskieren alles, sogar den Tod im eiskalten Mittelmeer. Auch hier Tendenz steigend.

Dieses Thema sorgt für innenpolitische Verwerfungen. Mitte Oktober gingen einige hundert Deutsche auf die Straße, um gegen den Zustrom der Verfolgten zu protestieren. Gestern waren es in Dresden schon 17 500. Sie nennen sich „Pegida“: „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Politologen stufen die Zünder als Rechtspopulisten ein und warnen vor ihnen als neue Variante der Neonazis. Diese nutzen die Stunde und mischen sich darunter. Auch die Anschläge auf Asyleinrichtungen nehmen zu. Die verbale Ablehnung der Zuwanderer liegt schon bei 65 Prozent. In den Städten entstehen wütende Ableger von Pegida. Sie heißen Dügida in Düsseldorf, Kagida in Kassel, Wügida in Würzburg, Bogida in Bonn. Etc. „Das Boot ist voll“, sagen sie, und „Wehret den Anfängen.“ Und natürlich: Wir sind das Volk! Wie gehabt – und Tendenz steigend.

Auch die internationalen Wutbürger spüren Morgenluft. Für 2015 stehen wichtige Wahlen in England, Spanien, Kanada und Japan an. Keine Regierung ist mehr sicher. In London scheint Rechtsausleger Nigel Farage an Boden zu gewinnen, in Paris die Rechtspopulistin Marine Le Pen. Francois Hollande bricht einen Umfragerekord nach dem anderen – nach unten. Von einst 13 Prozent hat er inzwischen die Zehnermarke in den ein-

stelligen Bereich passiert. Die einst stolze Konservative Partei der Engländer zählte in den 50er Jahren drei Millionen Mitglieder. Heute gehören ihr nur noch 200 000 Briten an. So mancher wird um Winston Churchill trauern, der 2015 bereits 50 Jahre tot ist. Otto von Bismarcks 200. Geburtstag ist eher etwas für Nischen-Nostalgiker. Und die Amerikaner? Es sieht nicht danach aus, dass Obama seine restliche Amtszeit unangefochten regieren kann.

Lange sah es so aus, als ob Rechts und Links keine Rolle mehr spielen würden. Die täglichen Meldungen sprechen eine andere Sprache. In Leipzig kursiert beispielsweise ein Aufruf, der für den Silvestertag in der kommenden Woche Gewalt gegen 50 Ziele fordert. Die Rede ist von Arbeitsamt, Sozialamt, Amtsgericht, Parteibüros, Stadtverwaltung. Die IP-Adresse der Anstifter führte die Leipziger Ermittler zum Jugendtreff „Libelle“ in der Kolonnadenstrasse 19. Dort gibt es unter anderem eine verdächtige Gruppe, die sich „Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig“ nennt. Die aktuelle Aufmerksamkeit des Staatsschutzes gilt aber auch einer „Erwerbsloseninitiative“, die ebenfalls in der „Libelle“ zu finden ist. Deutschland im Winter. Die Massenschlägerei von Köln, an der auch Hooligans und Glatzen beteiligt waren, hat gezeigt, welche neue Qualität im Kommen ist. Tendenz steigend.

Vor wenigen Tagen traf eine eMail ein, die als Satire verkleidet war. Im Kern schimmert der Ernst durch. Ich zitiere: „Vor zehn Tagen habe ich die zwei Überwachungskameras in meinem Haus abgeschaltet. Dann habe ich das mit der lokalen Polizei verbundene Alarmsystem gekündigt und dabei gut gespart. Ich bin dann auch von der Vereinigung der wachsamem Straßeneinwohner ausgetreten. Sodann habe ich im Hof eine pakistanische Flagge gehisst und auf der Hauswand eine Fahne des neuen Islamischen Staates angebracht. Seit diesem Tag überwacht die Polizei mein Zuhause rund um die Uhr. Ich habe mich nie so sicher gefühlt!!!“

Gibt es denn gar nichts Positives zu melden? Doch. Auch 2015 werden die Öl- und Benzinpreise noch ein bisschen fallen. Das passt hinten und vorne nicht zur Gesamtwetterlage, nicht dazu, dass der Nahe Osten ein Schlachtfeld ist. Die Gesetzmäßigkeiten der letzten Jahrzehnte sind in diesem Fall sowieso außer Kraft gesetzt. Marktführer Saudi-Arabien drückt die Preise, um den Amerikanern – und ihrem alternativen Fracking-Projekt – wie auch den iranischen Todfeinden zu schaden. Schaden nehmen die meisten anderen OPEC-Staaten. Der Iran muß 140 Dollar pro Faß Öl einnehmen. Sonst geht seine Haushalts-Kalkulation nicht auf. Venezuela und Algerien brauchen 121 Dollar pro Barrel. Derzeit liegt der Ertrag bei 65 Dollar. Angeblich wird der Preis in den nächsten Jahren weiter fallen. Das kann zu einer Deflation der Eurozone führen. Wenn ich das richtig verstehe, dann wäre in diesem Fall zuwenig Geld im Umlauf.

Das träfe sich gut, weil 2015 ohnehin ein schlechtes Jahr für shoppingfreudige Brückentage sein wird. Der Nationalfeiertag

Fortsetzung weiter auf Seite 19

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!

Benjamin Franklin

Sasan Harun-Mahdavi
München

PhönixPreis - Münchner Wirtschaftspreis für Migrantenunternehmen

Auch dieses Jahr hat die Stadt München zur Verleihung des Münchner Wirtschaftspreis für Migrantenunternehmen dem Phönix-Preis eingeladen.

In diesem Jahr hatten sich 39 Bewerber aus 20 verschiedenen ethnischen Gruppen, die in der Stadt München ein Unternehmen führen, an der Vergabe des Preises teilgenommen.

Eine Jury aus Vertretern des Münchner Stadtrats, des Ausländerbeirats, der HWK, der IHK und der Stadtverwaltung vergibt seit einigen Jahren den Münchner Wirtschaftspreis für Migrantenunternehmen.

Die Wahl der Jury ist dieses Jahr auf fünf Preisträger gefallen, die durch eine positive Unternehmensentwicklung, Einrichtung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Vielfalt im Unternehmen überzeugen konnten.

Bürgermeister Josef Schmid überreichte den Gewinnern jeweils eine Trophäe, die der Münchner Künstler Andreas Ohrenschaal entworfen hat, sowie Preisgelder in Gesamthöhe von 5.000 Euro.



Die Preisträger/-innen 2014 lauten:

Frau Hilary Hamilton-Gibbs

Kategorie Gründungsunternehmen: Hamilton Services GmbH

Frau Kanako Okada

Kategorie etablierte Unternehmen: Konditorei Tanpopo

Herr Ernst Schembera

Kategorie etablierte Unternehmen: Schembera GmbH

Herr Phönix-Preisträger 2014 Muamer Babajic

Kategorie etablierte Unternehmen: Masterwerk GmbH

Frau & Herr Zuzana und Robert Erby

Kategorie etablierte Unternehmen: Erby-Theater

Der Verein Leben & Leben Lassen gratuliert allen Preisträgern und bedankt sich bei der Stadt München für die Würdigung der Migrantenunternehmen in München.

Interessierte können sich auf dem folgenden Link: <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Kompetenzentwicklung/Phoenix.html> weiter zum PhönixPreis erkundigen.

Bilderquelle: Sasan Harun-Mahdavi ©

Der Mensch hat dreierlei Wege klug zu handeln: durch Nachdenken ist der edelste, durch Nachahmen der einfachste, durch Erfahrung der bitterste!
Konfuzius (551 - 479 v. Chr.)

„Was erwartet uns 2015.....“
Fortsetzung von Seite 17

und der zweite Weihnachtstag fallen auf Wochenenden. Nur der 1. Mai und der 1. Weihnachts-Feiertag besetzen

Freitage. Eine wirkliche Brücke wird daraus auch nicht.

Anschließend unser konkreter Vorschlag zur neuen Bescheidenheit durch Geldvermehrung im unteren einstelligen Bereich. Am 1. Januar sinkt erneut der Garantiezins für Lebensversicherungen von 1,75 auf 1,25 Prozent. Nehmen wir beispielsweise eine 30jährige, die monatlich 100 Euro in ihre private Rentenversicherung einzahlt. Nach dem 67. Geburtstag bekommt sie 169,77 Euro Altersrente. Unterschreibt sie diesen Vertrag erst nach Silvester, schrumpft die Summe auf 135,36 Euro. Auch die Überschussbeteiligung wird sinken, von 3,48 auf 3,15 Prozent. Nur eines freut den Sparer. Sogar der Vermittler seiner Versicherung wird Schaden erleiden. Er wird 2015 nur noch 2,5 Prozent der Beitragssumme als Vertriebs- und Abschlusskosten erhalten. Bisher waren es stolzere vier Prozent.

Gerade bei den Versicherungsmaklern sollen sich die Wutbürger neuerdings vermehren. *****

**Ute & Manfred Schmidt
Baldham**

Leserbrief - Ein Plädoyer für die Mitbürger

Angesichts der geringen Anerkennungsquoten müßten entsprechend viele Unterkünfte für die wirklich Berechtigten immer wieder frei werden, wenn die abgelehnten Asylbewerber zügig abgeschoben würden. Genau das ist aber eben gerade nicht der Fall. Pressemeldungen der letzten Tage zufolge werden noch nicht einmal 10% der abgelehnten Asylbewerber auch tatsächlich wieder zurückgeführt. Demnach wurden im Jahre 2014 von 130.000 abgelehnten Personen nur etwa rund 10.000 abgeschoben, also mehr als 90% Unberechtigter nehmen Wohnraum und Sozialleistungen einschließlich Kindergeld etc. in Anspruch. Zwischen anerkannten und abgelehnten Asylbewerbern wird also de facto kein Unterschied gemacht. Dieses Vollzugsdefizit bei der Abschiebung ist wohl auf mangelnden Mut der verantwortlichen Politiker im Bund und in den Ländern zurückzuführen, die offensichtlich vor dem lautstarken Einfluß der Asyl- und Flüchtlings-Lobby sowie der mediengestützten Willkommens-Industrie einknicken.

Warum also, so fragen wir uns, bedarf es dann noch aufwändiger rechtsstaatlicher Asyl-Verfahren, wenn am Ende fast doch alle bleiben dürfen. Überraschen können die dadurch ausgelösten Anreize auf Menschen in aller Welt nicht, die deswegen und wegen der im internationalen Vergleich unschlagbar attraktiven Betreuungs- und Sozialleistungen fast ausschließlich nur nach Deutschland wollen. Das ohnehin dicht besiedelte und hoch verschuldete Deutschland mit seiner teilweise maroden Infrastruktur kann aber nicht die Not der halben Welt alleine lösen. Im Übrigen sollten bei der "staatlich verordneten Willkommenskultur" für Asylbewerber und Flüchtlinge nicht das Recht und die moralische Pflicht für eine menschenwürdige Fürsorge unserer pflegebedürftigen Mitbürger vernachlässigt werden, auch wenn leider gerade diesem besonders hilfsbedürftigen Personenkreis keine lautstarke Lobby zur Seite steht. *****

**Sasan Harun-Mahdavi
München**

Newroz/Nowrouz Empfang des Oberbürgermeisters im Münchner Rathaus 2015

Am 20. März 2015 fand zum wiederholten Mal der Stehempfang des Oberbürgermeisters der Stadt München im Rathaus.

Josef Schmid, der 2. Bürgermeister der Landeshauptstadt hielt auch dieses Jahr in Vertretung des OB die Ansprache für die in die Trinkstube des Münchner Rathauses geladenen und zahlreich erschienenen Gäste mit vorwiegend kurdischer und persischer (iranischer) Abstammung.

Bürgermeister Schmid begrüßte neben den geladenen Gästen auch die anwesenden Stadträte Frau Brigitte Wolf von der Partei der Linken sowie seinen Parteikollegen Stadtrat Marian Offman.



Die Rede von Josef Schmid ging auf die kulturhistorische Bedeutung des Newroz-Festes genauso ein, sowie auf die aktuelle politische Lage in der Region, in der dieses Fest seinen Ursprung hat.



Der Einladung waren auch in diesem Jahr Vorbereitungsmaßnahmen durch den Verein getroffen worden.



Die Familie Harun-Mahdavi durfte auf Wunsch der Protokollabteilung ein traditionelles Haft-Sin-Gedeck schmückend vorbereiten. Damit konnte in den gediegenen Räumen des Rathauses auch ein Beitrag zu einer atmo-

sphärischen No-

Fortsetzung weiter auf Seite 19

Denken und Wissen sollten immer gleichen Schritt halten. Das Wissen bleibt sonst tot und unfruchtbar!

Wilhelm von Humboldt

„Nowrouz-Empfang der Stadt“
Fortsetzung von Seite 19

rouz-Gestaltung
geleistet werden.

Aus Erfahrung unseres Vorstandes, der seit Jahren diesen Stehempfang im Rathaus begleitet, war die Atmosphäre sehr herzlich und dem Charakter des Festes sehr angemessen. Auch wenn kleine Störungen auch dieses Jahr nicht ausgeblieben sind.

Zu den geladenen Gästen gehörten auch Vertreter verschiedener ethnischer Vereine. Unter anderem auch Vertreter des Vereins zur Förderung ethnischer Minderheiten e.V., sowie der Kurdischen Frauengruppe Nergiz e.V.. Vorstände des Vereins konnten einen ausführlichen Gedankenaustausch auch im Hinblick auf zukünftige gemeinsame Mitgestaltung des Newroz-Empfanges mit den Vertretern einiger Vereine führen. Der Verein Leben und Leben Lassen möchte die neu geknüpften Kontakte mit kurdischen Gruppierungen fortführen und erweitern.

Im Gespräch mit Herrn Bürgermeister Schmid wurde sogar der Gedanke aufgenommen bei der nächsten Veranstaltung evtl. auch musikalische Darbietungen in Zusammenhang mit dem Newroz-Empfang zu zulassen.

In diesem Sinne wird der Verein seine Bemühungen zur Erweiterung des Newroz-Empfanges im Rathaus München weiter verfolgen und freut sich schon jetzt auf den Empfang im Jahr 2016.



Happy Noruz



Impressum:

Anschrift

Elektrastraße 24, 81925 München

Herausgeber

Verein Leben & Leben Lassen –
zur Verwirklichung der Menschenrechte -
e.V.

Chefredakteur

Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Wilhelm Dietl
Karl-Heinz Nagel
Elisabeth Philipp
Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher,
Franz-Jochen Schoeller
Peter Orzechowski

Büroleitung

Sasan Harun-Mahdavi

Verlag

D.i.E.

Über den Herausgeber:

Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

**Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.**



mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.

Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über

Homepage: www.lebenundlebenlassen.org

E-Mail: info@lebenundlebenlassen.org

Tel.: +49-89-3106999

Fax: +49-89-32155805

Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52

Stadtparkasse München BLZ 70150000